

## Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

23. Sitzung vom 17. November 2008 • von 18.00 bis 20.30 Uhr • Casino Wohlen

---

**Vorsitz:** Konrad Gfeller, Präsident

**Protokollführung:** Betschart Daniela, Gemeindeschreiber-Stv.

**Präsenz:** **Einwohnerrat (bis 18.18 Uhr)**  
34 Mitglieder des Einwohnerrates  
Absolutes Mehr: 18  
Zweidrittelsmehr: 23

**Einwohnerrat (ab 18.18 Uhr)**  
35 Mitglieder des Einwohnerrates  
Absolutes Mehr: 18  
Zweidrittelsmehr: 24

**Gemeinderat**  
Walter Dubler, Gemeindeammann  
Harold Külling, Vizeammann  
Schürmann Toni, Gemeinderat  
Huwiler Paul, Gemeinderat  
Matthias Jauslin, Gemeinderat  
Müller Christian, Gemeinderat  
Becker Doris, Gemeinderätin

**Weitere Anwesende**  
Studer Reto, Bauverwaltung  
Kaufmann Gregor, Finanzverwalter  
Bossert René, Leiter EDV

**Entschuldigungen**  
Wiederkehr, Peter, SVP  
Steiner Landert Judith, SVP  
Pantano Walter, SP  
Neeser Kurt, FDP  
Fricker Matthias, CVP

## Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Kenntnisnahme 11115 betr. Finanzplan 2008 - 2012
3. Bericht und Antrag 11117 betr. Aufhebung des Einbürgerungsreglementes und Ergänzung des Geschäftsreglementes
4. Bericht und Antrag 11119 betr. Anpassung Anhang III des Gebührenreglementes der Gemeinde Wohlen – Gebühren der Gemeindebibliothek

173      0.011.5      Einwohnerrat; Eingänge und Mitteilungen  
Eingänge und Mitteilungen

## Eingänge:

Gfeller Konrad, Präsident: eröffnet die Sitzung und begrüsst die Anwesenden.

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 13. Oktober 2008 zu verzeichnen:

- Antwort zur Anfrage 11118 betr. Vorgezogene Einführung der 3. Etappe der Steuergesetzrevision – Auswirkungen auf die Gemeinde Wohlen
- Einladung für die heutige Einwohnerrat-Sitzung
- Einladung Führung durch Wohlen vom 22.11.2008
- Protokoll der 21. Einwohnerrat-Sitzung vom 25.08.2008
- Anfrage 11123 betr. Kosten Kopiergeräte
- Motion 11122 betr. Sanierungen der gemeindeeigenen Liegenschaften und Anlagen
- Dringliche Motion 11121 betr. Sistierung der Strassen-Ausbauprojekte bis zum Vorliegen eines Gesamtkonzeptes sowie Reduktion des Unterhaltes auf das absolut Notwendige
- Rücktrittsschreiben von Andrea Duschén als Mitglied der Finanzkommission
- Schulbericht 2007/2008

## Mitteilungen

Gfeller Konrad, Präsident: verliest das Rücktrittsschreiben von Andrea Duschén.

Wir nehmen das Schreiben entgegen, natürlich nicht gerne, am Schluss entscheidet jedoch jeder selber, was für einen gut ist. Ich möchte dir im Name des Einwohnerrates herzlich danken für die Arbeit, welche du geleistet hast in der Finanzkommission.

## Jugendsession

Bereits zum fünften Male fand am 7. und 8. November die Jugendsession statt. Wir waren alle ganz herzlich dazu eingeladen.

Folgende Themen wurden in Gruppen erarbeitet und während der Session diskutiert:

- Mitspracherecht in der Schule

- Badi und Eisbahn
- Fitnessstudio für Jugendliche
- Park in Wohlen
- Jugendrat
- Dirtpark

Aus diesen sechs Themen wurde das Anliegen Jugendrat ausgewählt und mir stellvertretend überreicht, mit der Bitte, dies dem Gemeinderat zu übergeben. Hiermit übergebe ich das Begehren der Jugendsession 2009 an den Gemeinderat Wohlen. Die Schülerinnen und Schüler der Jugendsession sowie der Organisator bitten den Gemeinderat, dieses Begehren in Form eines Postulates zu behandeln und bald möglichst dem Einwohnerrat seine Meinung dazu mitzuteilen. Je nach Antwort kann das weitere Vorgehen bestimmt werden.

*Einwohnerratspräsident Konrad Gfeller übergibt das Begehren Gemeindeammann Walter Dubler.*

Es war sehr interessant das Geschehen zu verfolgen. Natürlich haben diese Schülerinnen und Schüler einen ganz anderen Blickwinkel. Wir waren doch auch so, wir wollten mitreden und mitbestimmen und sahen die Kehrseite der Medaille, wie Verantwortung, Finanzierung, Werterhaltung etc. und was alles noch einzubeziehen ist, nicht oder nicht so klar. Das ist aber auch nicht der springende Punkt. Jedoch ist es wichtig für uns, dass wir die Anliegen ernst nehmen und somit die Vorstellungen der künftigen Generationen erkennen. Beim Umsetzen sind alle oben aufgeführten Parameter einzubeziehen.

Leider musste ich zur Kenntnis nehmen, dass die Wortwahl und die gegenseitigen Emotionen bis hin zu Aggressionen teilweise den Rahmen fast sprengten. Ich bin der Ansicht, dass gerade hier sehr darauf geachtet werden muss. Für die Jugendsession ist es ein genauso wichtiger, wenn nicht sogar noch wichtigerer Bestandteil wie das Erarbeiten der Begehren.

Den Verantwortlichen sei an dieser Stelle der beste Dank ausgesprochen, ganz speziell dem Hauptorganisator und Vize-Einwohnerratspräsidenten Arsène Perroud.

### **Parteiwechsel**

Aus der Zeitung durften wir entnehmen, dass aus der Partei Eusi Lüt & Grüne die Ortspartei die Grünen gegründet wurde. Im Namen des Einwohnerrates gratuliere ich zu dieser Gründung und wünsche Ihnen den erhofften Erfolg. Im Einwohnerrat vertreten ist die Ortspartei die Grünen mit Anna Keller und Adrian Riedi.

Wie aus der Presse entnommen werden konnte, ist Einwohnerrat Alain Thiébaud aus der Ortspartei FDP ausgetreten. Er hat zur Partei der Grünliberalen gewechselt. Wir wünschen ihm viel Erfolg.

Dubler Walter, Gemeindeammann:

### **Orientierung Einwohnerrat betreffend Kostenüberschreitung**

I.

Am 7. Mai 2007 haben Sie einen Baukredit von Fr. 1'245'000.00 für den Doppelkreisel Wohlerhof und Kino Rex bewilligt. Dieser Betrag setzte sich wie folgt zusammen:

Fr. 1'030'000.00 dekretsgemässer Anteil der Gemeinde (50 %) an den Kreiselbaukosten

Fr. 165'000.00 für die Anpassung der öffentlichen Beleuchtung

Fr. 50'000.00 für die Einrichtung der unterirdischen Sammelstelle

## II.

Die Ausführung des Projekts obliegt dem Kanton.

Mit Schreiben vom 16. Oktober 2008 teilte das Departement Bau, Verkehr und Umwelt dem Gemeinderat mit, auf Grund der durchgeführten Submission der Strassenbauarbeiten ergebe sich eine Kostenüberschreitung.

Die Mehrkosten betragen Fr. 399'700.00. Daran ist die Gemeinde Wohlen mit 50 % beteiligt, also mit Fr. 199'850.00.

Die Mehrkosten werden im Wesentlichen wie folgt begründet:

- Entgegen der ursprünglichen Annahme muss die gesamte Foundation infolge ungenügender Tragfähigkeit ersetzt werden.
- Die Strassenentwässerung verläuft direkt in die Bünz. Das ist gemäss kantonalen Richtlinien nicht mehr gestattet. Die Entwässerung muss an die Kanalisation angeschlossen werden.
- Zusätzliche Massnahmen (Provisorien) für die zweispurige Verkehrsführung während der Bauphase.
- Mehraufwand für Strassenraumgestaltung, insbesondere Wiederherstellung von bestehenden privaten und hochwertigen Grünanlagen (z.B. UBS)
- Erhöhter Projektierungsaufwand für Vorbereitung und Abstimmung der Bauphasen um eine kurze und störungsfreie Bauzeit zu ermöglichen, inkl. Öffentlichkeitsarbeit, wie Verhandlungen mit und Orientierungen der Anlieger und Geschäftsinhaber
- Gestiegene Landerwerbskosten

An einer Verhandlung mit dem Gemeinderat haben die Vertreter des Kantons bestätigt, dass nicht mit weiteren Überraschungen zu rechnen ist und der Kredit auch eine angemessene Reserve enthält. Während der Bauphase würde zudem darauf geachtet, Optimierungs- und Einsparmöglichkeiten auszuschöpfen.

## III.

§ 16 des kantonalen Finanzdekrets lautet:

„Zeigt sich vor oder während der Ausführung eines Projekts, dass der gesprochene Verpflichtungskredit nicht ausreicht, ist ein Zusatzkredit vor dem Eingehen neuer Verpflichtungen einzuholen. Ist dies ohne bedeutende nachteilige Folgen für die Gemeinde nicht möglich, bewilligt der Gemeinderat den Zusatzkredit.“

Der Gemeinderat hat nach Rücksprache mit dem kantonalen Gemeindeinspektorat gestützt auf diese Bestimmung den Zusatzkredit beschlossen, und zwar aus folgenden Gründen:

- Die Bauarbeiten sind in vollem Gang

- Für den Gemeinderat wäre es nicht denkbar gewesen, die Arbeiten einstellen zu lassen um beim Einwohnerrat den Zusatzkredit einzuholen
- Die Gemeinde Wohlen ist dekretsgemäss verpflichtet, ihren Anteil an dieses kantonale Strassenbauprojekt zu leisten

Der Gemeinderat ist über diese Situation nicht erfreut und bedauert sie. Er musste sich davon überzeugen lassen, dass die Mehrkosten begründet und für die korrekte Ausführung des Projekts unumgänglich sind.

Der Gemeinderat bittet Sie um Kenntnisnahme.

Die Information erfolgte vorgängig an den Präsidenten des Einwohnerrates und an den Präsidenten der Finanzkommission.

*Marlis Spörri betritt den Saal - 18.18 Uhr.*

**Dringliche Motion 11121 betr. Sistierung der Strassen-Ausbauprojekte bis zum Vorliegen eines Gesamtkonzeptes sowie Reduktion des Unterhaltes auf das absolut Notwendige**

Meier Maja, Freis Wohle: Die Fraktion EVP/Freis Wohle hat die Motion betr. Sistierung der Strassen-Ausbauprojekte bis zum Vorliegen eines Gesamtkonzeptes sowie Reduktion des Unterhaltes auf das absolut Notwendige dringlich eingereicht.

Wir sind der Meinung, dass die Dringlichkeit aus folgenden Gründen gegeben ist:

Die Motion steht im direkten Zusammenhang mit dem Finanzplan, welcher heute auf der Traktandenliste ist. Auch die Finanzkommission kritisiert in ihrem Bericht, dass die Investitionen in Sanierungsprojekten der gemeindeeigenen Liegenschaften immer wieder herausgeschoben werden und empfiehlt die Gewichtung von Verkehrsprojekten und Gebäudesanierungen nochmals zu überprüfen und zu diskutieren.

Wir müssen heute das Thema aufnehmen im Zusammenhang mit unserer Motion und dem Finanzplan und nicht länger herausschieben. Es wird nicht einfacher. Man darf nicht vergessen, dass wir den Finanzplan nur zu Kenntnis nehmen können. Mit der Motion hingegen können wir einen Entscheid fällen, welcher verantwortbar und vernünftig ist.

Wir müssen heute aufzeigen, was unsere Bedürfnisse sind! Wir müssen den Mut haben, unsere Bedürfnisse in den Vordergrund zu stellen und nicht die von anderen Gemeinden oder des Kantons. Wir müssen heute aufzeigen, wie wir unsere beschränkten finanziellen Mittel in den nächsten Jahren einsetzen wollen. Wir müssen endlich nach unseren finanziellen Möglichkeiten handeln. Wir können heute bestimmen, in welche Richtung es gehen soll und mit welcher Geschwindigkeit Sanierungsprojekte von Liegenschaften umgesetzt werden sollen.

Villmergen wird den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern an der Gemeindeversammlung am 5. Dezember 2008 den Ausbau der Nutzenbachstrasse unterbreiten. Möglicherweise wird Villmergen einem Ausbau der Nutzenbachstrasse zustimmen und damit einer einspurigen Verkehrsführung bei der SBB-Unterführung, der Verkehr wird mit einer Ampel geregelt.

Der Ausbau der Nutzenbachstrasse wird dann auch auf Wohler Boden konkret, obwohl aus der Wohler und vor allem aus der Angliker Bevölkerung ein grosser Widerstand spürbar ist. Wenn wir mit unserer Entscheid warten bis nach der Gemeindeversammlung der Villmerger, wird uns der Gemeinderat vor Augen halten, dass es kein Zurück mehr gibt.

Die Angliker Bevölkerung ist jedoch sehr besorgt wegen dem Mehrverkehr. Sie wünschen eine Gesamtplanung über die gesamte Region, wie es der Kanton mit dem Y-Stück bei Hendschiken bereits einmal angetönt hat. Das Anliegen müssen wir aufnehmen. Eine Mehrheit unserer Gemeinderäte möchte das zwar nicht hören, obwohl auch aus dem Einwohnerrat immer wieder Einwände kommen. Vor 3 Jahren von der Seite vom jetzigen Gemeinderat Matthias Jauslin und vor Jahresfrist von meiner Seite im Namen von Freis Wohle.

Aus all diesen Gründen bitten wir Sie, der Dringlichkeit und somit einer heutigen Diskussion zuzustimmen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Das ist ein gewichtiges Thema und es wäre nicht richtig, wenn man hier einen vorschnellen Entscheid treffen würde. Der Gemeinderat bittet Sie die Dringlichkeit abzulehnen.

Duschén Andrea, FDP: Ich möchte ein paar Punkte zur Sprache bringen, was die Dringlichkeit anbelangt.

Ich sehe in der Dringlichkeit ein Problem, weil wir hier zu wenig Zeit haben um darüber diskutieren zu können. Die FDP möchte dies nicht als dringlich beschliessen.

In der Motion steht, dass man die Kosten auf Fr. 400'000.00 kürzen soll. Ich kann das nicht nachvollziehen. Wurde das „Handgelenk mal Pi“ errechnet, oder wurde dies fundiert angeschaut?

Ich bin der Meinung, dass diese „Pfläscherli-Politik“ nicht weitergeführt werden soll. Wir haben dies schon bei den Gebäuden gemacht und jetzt möchte man es auf die Strassen übertragen. Ich habe Vertrauen in den Gemeinderat und denke, dass er dies seriös angeht.

Zum Letzten haben wir beschlossene Sachen. Die Kreisel, deren Bau beschlossen ist, werden ausgeführt. Über alles andere kann man diskutieren, wenn es vor den Einwohnerrat kommt.

Donat Ruedi, CVP: Aus Sicht der CVP-Fraktion ist die Dringlichkeit auch nicht gegeben. Das Thema ist für uns zu wichtig. Wir haben diese Motion erst heute, 2 Stunden vor der Sitzung, erhalten. Wir konnten diese in der Fraktion nicht seriös diskutieren!

Wenn man diese Motion heute im Einwohnerrat diskutieren würde, wäre das unseriös. Zudem müssen Sanierungen fortlaufend gemacht werden, so wie sie im Budget verabschiedet worden sind. Diese dürfen nicht so massiv gekürzt werden.

Keller Anna, Grüne: In der Fraktion Grüne und SP sind wir ebenfalls der Meinung, dass die Dringlichkeit nicht gegeben ist.

Wir wollen die Zeit haben, um dieses Thema gründlich anzuschauen und zu diskutieren. Dies können wir, wenn es zu einem späteren Zeitpunkt vor den Rat kommt.

Benz Guido, CVP: Die Stossrichtung dieser Vorschläge ist ganz sicher im Sinn der bisherigen Plädoyers. Zeitgerechte Sanierung sowie das Überdenken von Verkehrsinvestitionen. Eine nähere Prüfung der Vorschläge ist jedoch nicht möglich gewesen und es fragt sich, ob das Korsett nicht zu eng geschnürt ist. Ich bitte die Dringlichkeit abzulehnen, damit wir Zeit haben, um uns mit diesem Thema zu befassen.

### **Abstimmung zur Dringlichkeit**

**Der Einwohnerrat lehnt die Dringlichkeit der Motion 11112 betr. Sistierung der Strassen-Ausbauprojekte bis zum Vorliegen eines Gesamtkonzeptes sowie Reduktion des Unterhaltes auf das absolut Notwendige mit 13 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung ab.**

Benz Guido, FIKO: Lieber André, ich bedauere deinen Rücktritt aus der FIKO sehr. Wir hatten eine gute und konstruktive Zeit. Es tut mir sehr leid, dass es so nicht weitergehen kann. Auf der anderen Seite ist das Verständnis für deine Situation sehr gross. Ich wünsche dir alles Gute und freue mich, dass wir im Einwohnerrat noch hin und wieder über Finanzkommissionsprobleme sprechen können.

Ich habe eine zweite Vorbemerkung, welcher an den Gemeinderat gerichtet ist, im Zusammenhang mit dem Rex-Kreisel. Der Gemeinderat hat in dieser Sachfrage sehr rasch und umfassend informiert. Das ist für mich ein gutes Beispiel. Ich möchte den Gemeinderat bitten, dies bei allen Kreditvorlagen so zu handhaben.

## Finanzplan

Nur der Finanzplan! Das „nur“ richtet sich nur auf die Kenntnisnahme.

Der Finanzplan ist etwas Lebenswichtiges für eine Gemeinde und auch für die Gemeinde Wohlen!

Es ist nirgends vorgeschrieben, dass die Finanzkommission dem Einwohnerrat zum Finanzplan einen schriftlichen Bericht abgeben muss. Sie kennen aber in der Zwischenzeit meine Devise: Zu jedem Geschäft, das die FIKO behandelt: ein schriftlicher Bericht! Ich möchte mich nachträglich entschuldigen, dass Sie den definitiven Bericht erst am Donnerstag vor der letzten Einwohnerratssitzung erhalten haben, vor allem auch, dass nicht in allen Fraktionssitzungen mindestens ein Entwurf verfügbar war. Ich habe nicht realisiert, dass schon der Montag ein Fraktionstermin ist.

Durch die Verschiebung dieses Traktandum haben Sie allerdings die Möglichkeit bekommen, den Bericht noch in Ruhe zu studieren.

Ich gehe davon aus, dass Sie mein „Votum zur Rechnungslegung einer Gemeinde“ in der letzten Einwohnerrat-Sitzung entweder aufgrund meiner Ausführungen oder aber durch nochmaliges Studium intus und verstanden haben. Es kamen von keiner Seite Einwände oder Fragen. Im Gegenteil: Ich habe eine grössere Anzahl positiver Reaktionen erhalten, auch aus dem Kreis der Tribünenbesucher. Selbstverständlich bin ich gerne bereit, auch in Zukunft allfällige Unklarheiten zu diskutieren.

Ohne Verständnis der Mechanismen einer Gemeinderechnung ist auch ein Finanzplan nicht interpretierbar. Ich werde einige Zahlen aus dem Finanzplan 2008-2012 kommentieren und vor allem zu einigen, mir wesentlich erscheinenden Punkten, Anmerkungen anbringen.

## Ergebnisse des Finanzplan 2008-2012

### Gewinn- und Verlustrechnung der Planungsperiode (Chart 1)

(in 1000)		08	09	10	11	12	17	Ø 07-17
<b>Eigenfinanzierungsquote (EQ)</b>								
Total Steuern/Finanzausgleich	=	31'347	30'316	31'498	32'582	33'701	38'409	
EQ = Cashflow	H	2'474	1'157	1'132	1'101	2'024	1'393	
Eigenfinanzierungsquote	in %	7.9%	3.8%	3.6%	3.4%	6.0%	3.6%	4.6%
Soll-Eigenfinanzierung		4'702	4'547	4'725	4'887	5'055	5'761	5'135
<b>Verlust</b>		<b>-2'228</b>	<b>-3'390</b>	<b>-3'593</b>	<b>-3'786</b>	<b>-3'031</b>	<b>-4'368</b>	<b>-3'565</b>

Sie wissen ja nun, wie man einen Verlust des Unternehmens „Gemeinde“ berechnet. Über die ganze Planungsperiode bewegt sich die Eigenfinanzierungsquote zwischen 3.4 % und 7.9 % (4.6 %), liegt also deutlich unter den erforderlichen 15 %. Daraus resultieren Verluste zwischen CHF 2.2 Mio. und 4.4 Mio. (CHF 3.6 Mio.).

Die FIKO hat bereits im Bericht zum Voranschlag – noch vor dem grossen Sturm der Finanzkrise – die Annahmen hinsichtlich Wachstum der Steuereinnahmen in Frage gestellt. Heute ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren mit fühlbar tieferen Steuererträgen zu rechnen ist. Das müssen wir gut im Hinterkopf behalten.

### Netto-Investitionen (Chart 2)

Objekt	Brutto	08	09	10	11	12	13>	Ø 08-12
<b>T o t a l</b>	54'641	10'680	6'652	6'929	6'660	5'270	18'490	

#### Summierung nach Codes:

A Laufende+beschlossene Projekte	13'651	9'991	2'465	205	410	420	200	
B NEU-Projekte mit Priorität	23'560	689	4'117	5'404	4'150	4'100	5'100	
<b>Total Investitionen A+B</b>	<b>37'211</b>	<b>10'680</b>	<b>6'582</b>	<b>5'609</b>	<b>4'560</b>	<b>4'520</b>	<b>5'300</b>	<b>6'390</b>
C Uebrigte Projekte	17'430	0	70	1'320	2'100	750	13'190	

A und B ohne APK **4'600**

Beachten Sie, dass die Investitionen 2008-2012 im Durchschnitt CHF 6.4 Mio. betragen (ohne APK rund CHF 4.6 Mio.), obwohl die grossen Sanierungsprojekte nur teilweise darin eingeschlossen sind. Diese Investitionssumme ist höher als eine Eigenfinanzierung auf Basis von 15 %, ein starkes Indiz, dass der Benchmark Eigenfinanzierungsquote 15 % mehr als nur plausibel ist. Zu den im Finanzplan enthaltenen Projekten möchte ich folgende Anmerkungen anbringen:

**Gemeindehaus:** Ich erinnere Sie daran, dass der Gemeinderat im 2005 einen Bericht und Antrag vorlegte, gemäss dem der kritische Teil des Gemeindehauses, nämlich vor allem die Fenster, für rund CHF 1.5 Mio. sofort saniert werden sollte. Dabei wurde auch klar ausgesagt, dass das schrittweise Vorgehen bei einer späteren Fassadenrenovation keine Mehrkosten mit sich bringen würde. Der Rat wies den Vorschlag zurück und verlangte ein Gesamtkonzept. Ich ärgerte mich damals auf der Tribüne und was ich im 2005 befürchtete, scheint nun genau einzutreten.

Der Gemeinderat wird auftragsgemäss ein Gesamtkonzept vorlegen, naturgemäss mit bedeutend höheren Kosten, und die Folgerung wird wohl lauten: Keine Mittel!

Ich bin der Meinung, dass es falsch ist, den Gemeinderat zu rügen, wenn er den Auftrag des Einwohnerrates erfüllt. Ich finde es richtig, dass er dieses Projekt in den Finanzplan aufgenommen hat. Und über die Vorschläge des Gemeinderates soll nicht mitten in der Arbeit diskutiert werden, sondern wenn konkrete Vorschläge vorliegen.

Prioritäten der Investitionen: Jeder Finanzplan der vergangenen Jahre beinhaltet für das letzte Finanzplanjahr bzw. „später“ die drei grossen Sanierungsprojekte Junkholz (CHF 6 Mio.), Schwimmbad (CHF 4.7 Mio.), Kunsteisbahn (CHF 3.2 Mio.), total CHF 13.9 Mio. Zusammen mit dem „Gemeindehaus-Projekt“ liegen Investitionen von rund CHF 19 Mio. in der Verschiebungsfalle. Seit 2 Jahren, seit ich Präsident der Finanzkommission bin, spreche ich vom drohenden Investitionsstau (finanziell und zeitressourcenmässig). Hier ist der Gemeinderat gefordert: Eine seriöse Planung ist für alle diese Projekte umgehend an die Hand zu nehmen.

Prioritäten und Timing dieser grossen Sanierungsinvestitionen sind zweifellos ein wichtiger Diskussionspunkt. Wenn wir aber berücksichtigen, dass z.B. folgende Fragen zu beantworten sind, scheint mir der Zeitpunkt einer Prioritätsdiskussion noch verfrüht:

- Müssen Schwimmbad und Kunsteisbahn nicht als Gesamtprojekt behandelt werden?
- Drängt sich hinsichtlich Kunsteisbahn nicht eine regionale Lösung auf?
- Wie dringend ist eine Verbesserung der Energiesituation beim Junkholz und Gemeindehaus?

**Verkehr:** Ich bin mir bewusst, dass die Erschliessung Rebberg in den vorgesehenen Investitionen enthalten ist. Trotzdem ist die Dominanz der Verkehrsinvestitionen gross.

**Motionen in der Pipeline:** Die Stossrichtung der Vorschläge ist sicherlich im Sinne der bisherigen Plädoyer (zeitgerechte Sanierungen) sowie der Anregung (Überdenken Verkehrsinvestitionen) der Finanzkommission. Eine nähere Prüfung der Vorschläge war noch nicht möglich. Es fragt sich aber, ob das Korsett nicht zu eng ausgelegt ist.

### Schulden (Chart 3)

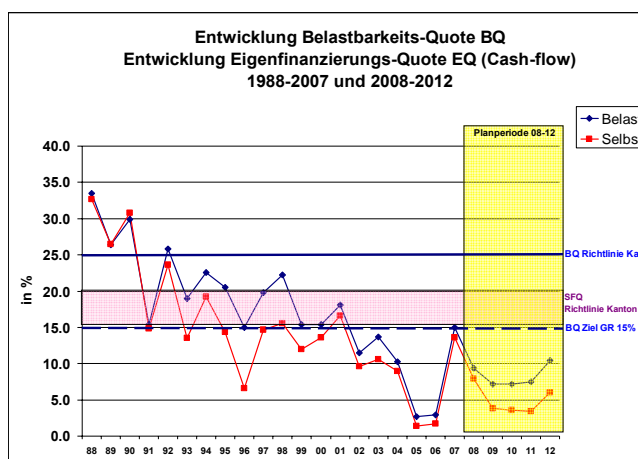
(in 1000)	08	09	10	11	12	17
<b>Schulden Ende Jahr</b>	25'629	28'737	33'214	36'673	39'169	46'554
<b>Pro-Kopf-Verschuldung in CHF</b>	1'796	1'994	2'281	2'494	2'637	3'057

Die Verschuldung erhöht sich von CHF 26 Mio. auf CHF 39 Mio. (2012) und CHF 47 Mio. (2017), die Pro-Kopf-Verschuldung von CHF 1'796 auf CHF 2637 bzw. 3057 (Zielsetzung GR CHF 2400). Die heute noch relativ günstige Schuldensituation verschlechtert sich rapide. Der Grund liegt nicht in überzogenen Investitionen, sondern in der schwachen Eigenfinanzierung. Hier müssen wir den Hebel ansetzen.

## Gesamtentwicklung (Chart 4)

Es ist sehr wichtig, sich immer wieder die langfristigen Entwicklungen zu vergegenwärtigen. Ich gehe davon aus, sie haben diese Grafik vor sich, sie findet sich auf der letzten Seite meines Votums anlässlich der letzten Einwohnerrats-Sitzung. Beachten Sie die rote Linie, die Entwicklung der Eigenfinanzierungsquote.

Sie sehen hier, woher wir kommen (1988 rund 33 %), wo wir 2007 stehen (rund 14 %) und wohin wir zu gehen drohen (deutlich unter 10 % im Finanzplan). Ich empfehle diese Grafik einem regelmässigen intensiven Studium.



## Bemerkungen zu einzelnen Themen

### Führungs- und Planungsinstrumente

Der Aspekt Führungs- und Planungsinstrumente ist nun schon seit einiger Zeit in Diskussion. Ich bin der Meinung, es lohnt sich, regelmässig eine Zwischenbeurteilung vorzunehmen. Die Beurteilung der Finanzkommission haben Sie erhalten (Bericht Seite 1).

### Mittelfristplanung – Tätigkeitsprogramm Gemeinderat (Charts 5 und 6)

Im Bericht der Finanzkommission steht auf Seite 5: „Die Finanzkommission hat also mehr Substanz erwartet: Kurzbeschreibung (z.B. 5-10 Zeilen) mit Inhalt, Vorgehen, Ziel und vor allem auch mögliche oder erwartete finanzielle Auswirkungen für die Gemeinde (Steuerkraft und/oder –ertrag, Steuerfuss etc.). Mindestens teilweise hätten diese auch direkt und sichtbar in den Finanzplan 2008-2012 einfließen müssen.“

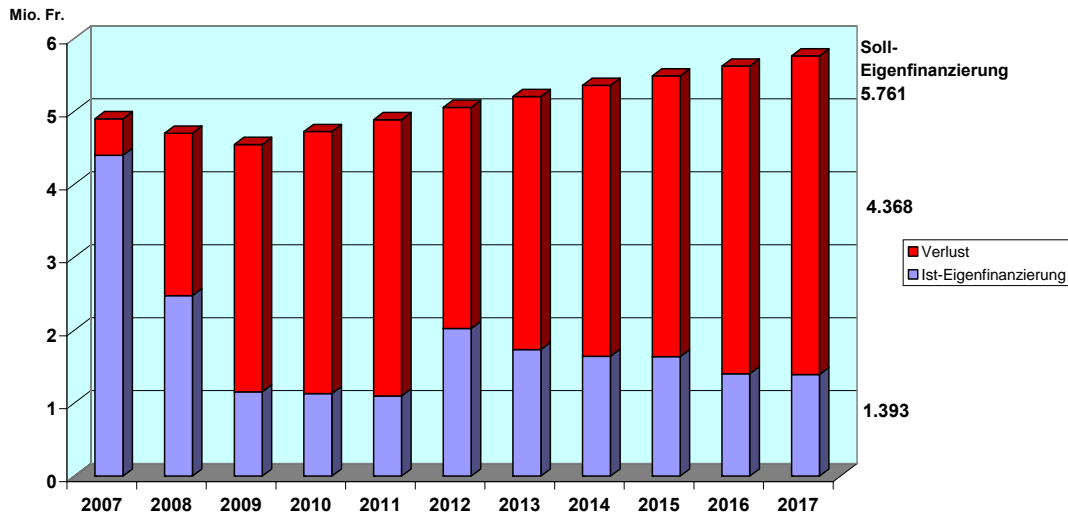
Ich möchte kurz erklären, was ich mir vorgestellt hätte:

- Die Säulen dieser Grafik entsprechen der erforderlichen Eigenfinanzierung von 15%, z.B. CHF 5.8 Mio. im Jahr 2017
- Blau ist gleich Ist-Eigenfinanzierung, z.B. CHF 1.4 Mio. im Jahr 2017)
- Rot ist gleich fehlende Eigenfinanzierung bzw. – unternehmerisch gerechnet – der Verlust, den Wohlen realisiert, z.B. CHF 4.4 Mio. im 2017.
- Beachtenswert ist, dass im 2007 trotz „gutem“ Rechnungsabschluss immer noch ein kleiner Verlust von CHF 0.5 Mio. resultierte.

**Ausgewiesener Verlust der Gemeinderrechnung Wohlen gemäss FP 08-12/17 bei einer Eigenfinanzierungs-Quote von 15%**

Chart 5

**vor Massnahmen**



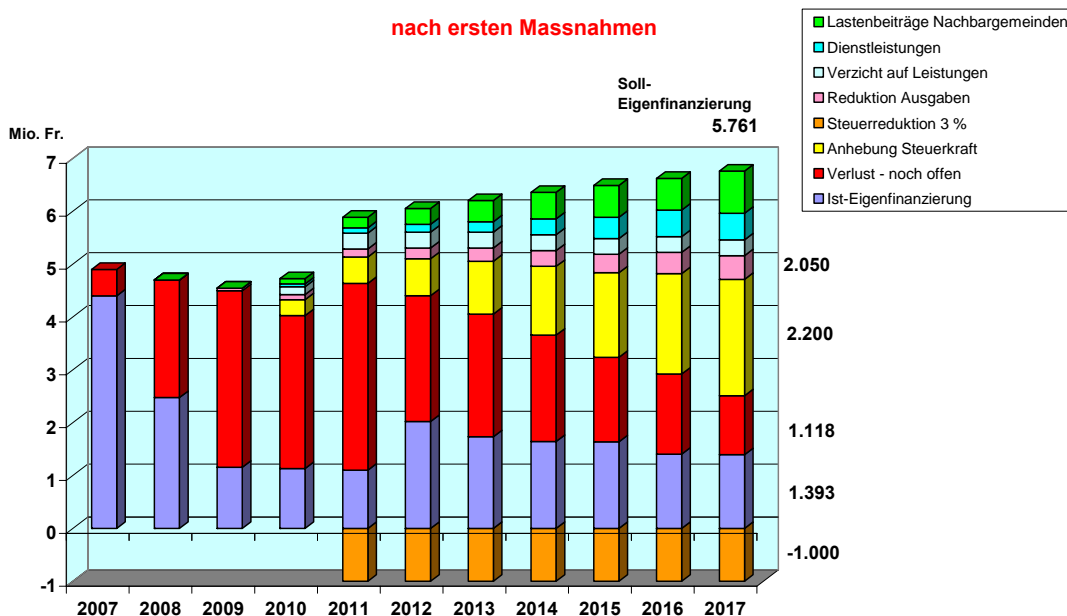
Der Finanzplan 2008-2012 zeigt dieses Bild als Endprodukt. Für mich ist dies aber der Stand in der Anfangsphase der Erarbeitung des Mittelfristplanes. Dem Gemeinderat stellt sich folgende Aufgabe: Wie kann ich die roten Balken, d.h. den Verlust reduzieren bzw. zum Verschwinden bringen. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat überzeugt ist, dass mit seinem Massnahmenpaket (Tätigkeitsliste) auch die Eigenfinanzierungsquote verbessert werden kann bzw. die Verluste vermindert werden können. Im Finanzplan bzw. Mittelfristplan ist davon aber nichts zu sehen.

Ich erwarte eigentlich ein solches Bild, das ich Ihnen modellmässig vorstellen möchte:

**Ausgewiesener Verlust FP 08-12/17 bei einer Eigenfinanzierungs-Quote von 15%**

Chart 6

**nach ersten Massnahmen**



Ich habe mir im Modell folgende Massnahmenfelder ausgedacht:

- Grün Lastenbeiträge von Nachbargemeinden, z.B. Bibliothek, Kunsteisbahn.
- Hellblau Dienstleistungen für andere Gemeinden, z.B. Steueramt für weitere Gemeinden
- Lichtblau Verzicht auf Leistungen, z.B. Gratis-Grüngutabfuhr
- Rosa Reduktion Ausgaben, z.B. durch Verbesserung der Wirtschaftlichkeit → für diese 4 Bereiche stehen in meinem Modell im Jahr 2017 rund CHF 2 Mio. zu Buch
- Gelb Anhebung der Steuerkraft – ich gehe davon aus, dass viele Punkte der Tätigkeitsliste auf diesen Bereich abzielen – CHF 2.2 Mio. im Modell.
- Braun ganz unten: Planung einer Steuerfussreduktion von 3% oder CHF 1 Mio., z.B. ab 2011
- Dunkelblau Wenn Massnahmen greifen, kann die vorerst geplante Eigenfinanzierungsquote von CHF 1.4 Mio. (Dunkelblau) um rund CHF 3.25 Mio. verbessert werden, trotz Steuerfussreduktion.
- Rot In meinem Modell wurde der „Verlust“ also durch gezielte Massnahmen stetig reduziert. Ganz weg ist er noch nicht.

Das sind also meine Vorstellungen einer sachgerechten, massnahmenbasierten Mittelfristplanung. Ich möchte aber noch einmal klar festhalten: Es geht nicht darum einfach willkürlich Zahlen einzusetzen. Ich gehe aber davon aus, dass der Gemeinderat von seiner Tätigkeitsliste „Wirkungen“ erwartet.

### Finanzpolitische Ziele

Aus meinen Ausführungen wie auch aus dem Finanzplan selbst (Investitionen 08-12 im CHF 6.5 Mio.) geht klar hervor, dass das Ziel Nr. 2 „Cashflow von CHF 2 bis 2.5 Mio. deutlich zu tief angesetzt ist, d.h. meiner Meinung nach falsch ist.“

Die Finanzkommission möchte die Anregung platzieren, die Erhöhung der Steuerkraft mit entsprechenden Meilensteinen in den Zielkatalog aufzunehmen.

### Fazit

1. Wir verfügen formal über einen sauberen und sehr informativen Finanzplan, der auch materiell einiges hergibt. Ich danke allen Verantwortlichen für ihre Arbeit.
2. Nur in Ansätzen vorhanden ist auf der anderen Seite aber ein aussagekräftiger Mittelfristplan. Diesbezüglich muss der Gemeinderat meiner Meinung noch umdenken – auch wenn es dafür keine kantonale Vorschrift gibt.

Ich wünsche Ihnen allen eine interessante Diskussion und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Gfeller Konrad, Präsident: Ich danke Guido Benz für seine sehr gute Arbeit. Ich schätze diese sehr. Du bist ein Präsident der Finanzkommission, welcher mit Leib und Seele dabei ist und nur das Beste möchte.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Besten Dank an die Finanzkommission für die sehr ausführliche Arbeit! Wir werden dies, wenn möglich, in unsere Überlegungen einbauen.

Es gibt Fälle, welche wir bereits durchführen wollten. Ich möchte an die Grüngutgebühr erinnern, bei welcher wir einen Versuch unternommen haben.

Schlussendlich müssen wir mehrheitsfähige Lösungen finden und dies ist die Aufgabe, welcher der Gemeinderat übernimmt.

## Finanzplan

Ich möchte gerne noch einige Ergänzungen anbringen. Die wichtigen Sachen wurden jedoch schon von Guido Benz gesagt.

Herr Benz erwähnte, dass der Finanzplan umfangreicher geworden ist. Wir haben versucht den Finanzplan mit einem Tätigkeitsprogramm (Legislaturprogramm) zu ergänzen. Dies müsse bis Ende Legislatur noch erledigt werden. Wir haben die einzelnen Projekte beschrieben und haben versucht, Ihnen klare Vorgaben zu geben. Neu ist auch eine Zusatzcodierung, welche auf der Seite 9 beschrieben ist.

Wir haben den Investitionsplan übersichtlich gestaltet. Weiter haben wir diverse Summierungen der Grafiken gemacht und wir haben die vorgezogene Steuergesetzrevision berücksichtigt.

Es gibt jährlich sehr viele Vorgaben vom Kanton und vom Bund, welche wir versuchen einzubauen. Es können bis 2017 nicht alle Eventualitäten vorausgesehen werden. Wir versuchen, alles was vom Kanton kommt möglichst schnell und transparent einzubauen.

„Wohlen gut zum Leben“ – so Schwarz, wie es jetzt hier dargestellt ist, darf es einfach nicht sein. Wohlen ist gut zum Leben! Wir haben einen Finanzplan, der aufzeigt, welche Möglichkeiten wir haben. Diese sind leider nicht so hoch, wie bei anderen Gemeinden im Kanton Aargau.

Der Gemeinderat hat ein gültiges Leitbild „Wohlen eusi Stadt im Freiamt“ mit Strategien erarbeitet. Die Strategien sind darin sauber aufgelistet. Es ist richtig, dass noch nicht alle darin aufgeführten Massnahmen umgesetzt sind. Wir müssen aufholen und uns vorwärts bewegen. Dazu ist noch viel Arbeit erforderlich und es sind noch viele Barrieren zu überwinden.

Mittel für Investitionen und Sanierungen sind notwendig und ein Ertragsüberschuss muss etwa dem Investitionsbedarf entsprechen. Wir können es uns nicht leisten mit einer zu tiefen Selbstfinanzierungsquote zu fahren. Was wir investieren, müssen wir auch im Ertragsüberschuss vorweisen können.

Der Schuldenanstieg ist nach unserer Einschätzung tragbar. Wir müssen jedoch gewissen Investitionen prüfen. Sei es Landverkauf oder sonstige Verkäufe.

Schuldentilgung und notwendige Investitionen wollen wir nicht delegieren. Wir versuchen dies zu erledigen und nicht vorgezogene Steuersenkungen einzuführen. Es soll nicht die nachkommenden Generationen daran zerren.

Die Reglemente und Verordnungen sind laufend zu überprüfen. Hier wird der Gemeinderat Ihnen immer wieder Vorlagen bringen, bei welchem es um Gebührenerhöhungen geht. Wir sind Ihnen als Steuerzahler gegenüber verpflichtet, diese Zahlen immer wieder vorzulegen. Jedes Unternehmen überprüft seine Zahlen und Verkaufspreise gegenüber aussen.

Die Abdeckung der Entstehungskosten, Unterhalt und Amortisationen sowie die wichtigen Punkte Balance des Steuerfusses und Standortattraktivität. Wie schon letztes Mal erwähnt, ist es für den Gemeinderat nicht einfach, eine saubere Balance zu finden. Nachdem wir die Grüngut –

und Parkgebühren vom Volk nicht erhalten haben, mussten wir dieses Ziel korrigieren (Kantonsmittel +4%).

Es ist eine gemeinsame Umsetzung nötig. Wir müssen den Weg zusammen gehen. Es gibt Parteien oder auch Einzelpersonen, welche in den sauren Apfel beissen müssen, damit wir nicht in einen Entwicklungsstopp geraten.



## Investitionsprogramm

Summierung nach Codes:		Total	08	09	10	11	12	später
<b>A</b>	Laufende/beschlossene Projekte	<b>13'651</b>	9'991	2'465	205	410	420	200
<b>B</b>	Projekte mit Priorität	<b>23'460</b>	689	4'117	5'404	4'150	4'100	5'000
<b>Total Investitionen A+B</b>		<b>37'111</b>	<b>10'680</b>	<b>6'582</b>	<b>5'609</b>	<b>4'560</b>	<b>4'520</b>	<b>5'200</b>
<b>C</b>	Offene Projekte ohne Priorität	<b>17'530</b>	0	70	1'320	2'100	750	13'290

Die Priorität A sind die laufenden und beschlossene Projekte, CHF 13 Mio., dieser Betrag ist bereits vom Einwohnerrat bewilligt.

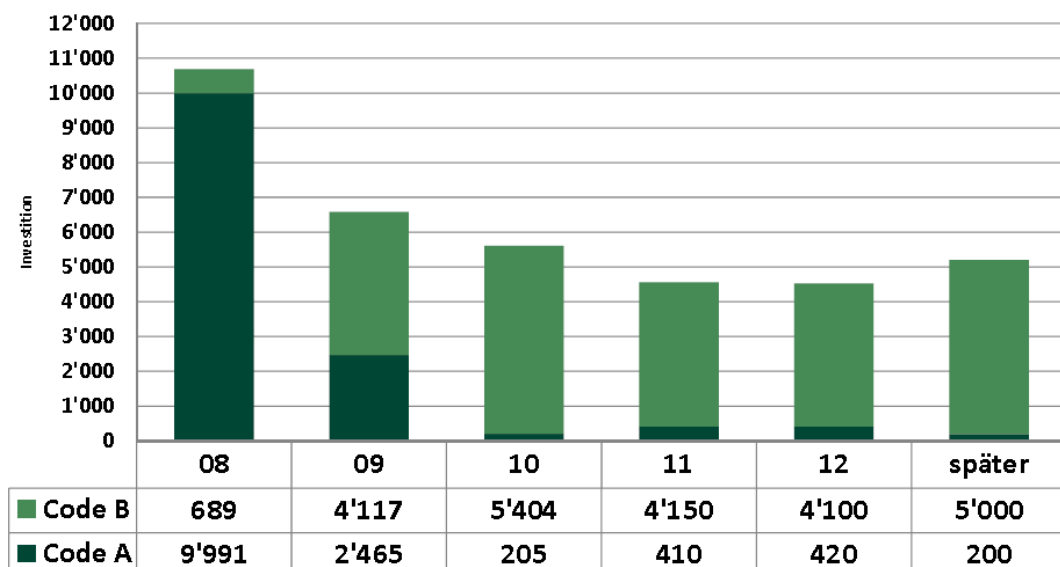
Projekte mit Priorität B sind Bericht und Anträge, welche wir laufend machen und Ihnen vorlegen. Dazu können Sie noch Ja oder Nein sagen.

Im 2008 haben wir den grossen Betrag von CHF 9.9 Mio. oder zusammengezählt von CHF 10.6 Mio. Dies resultiert aus der APK-Zahlung, welche immer noch offen ist. Im Investitionsprogramm ist ersichtlich, was bewilligt worden ist und ausgeführt wird.



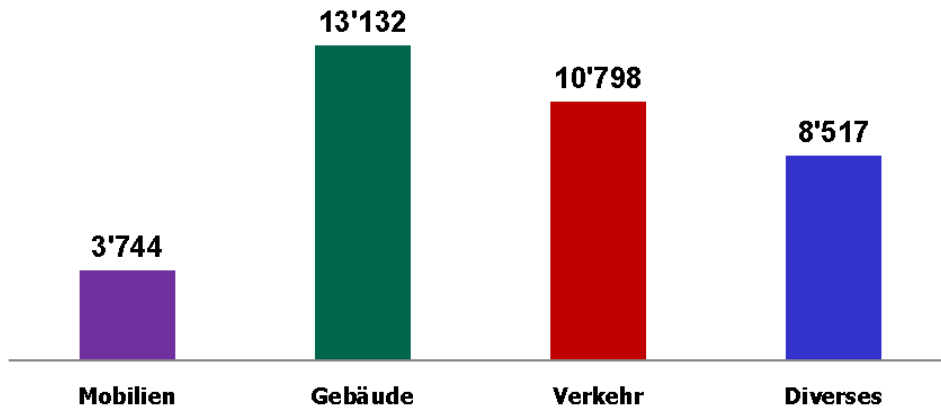
## Investitionsprogramm

Summierung A+B



# Investitionsprogramm

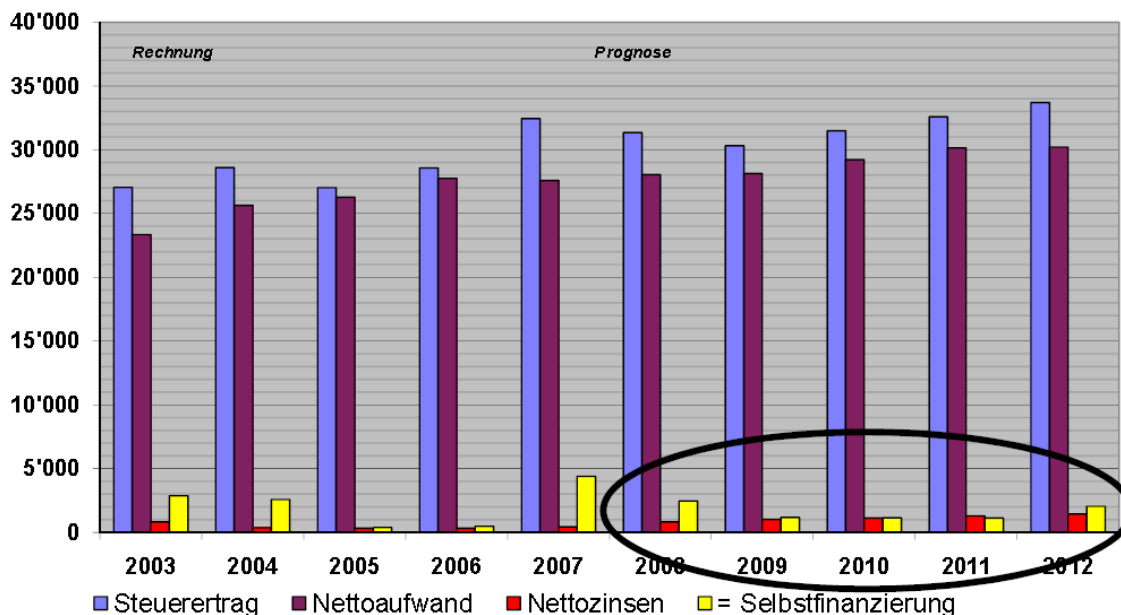
## Investitionen 2008 bis 2012



Eine wichtige Frage ist: In was wird eigentlich investiert?

Investitionen in Mobilen bedeutet in Fahrzeuge, EDV und in bewegliche Sachen. Dies ist ein Betrag von CHF 3.7 Mio. Investitionen in Gebäude, das beinhaltet auch Sanierungen, sind CHF 13 Mio. In den Verkehr sind es CHF 10.7 Mio. Wir haben das Gefühl, in einer guten Balance zu sein. Im Diverses ist die APK mit einem grossen Betrag enthalten sowie Planungen und weitere kleine Investitionen.

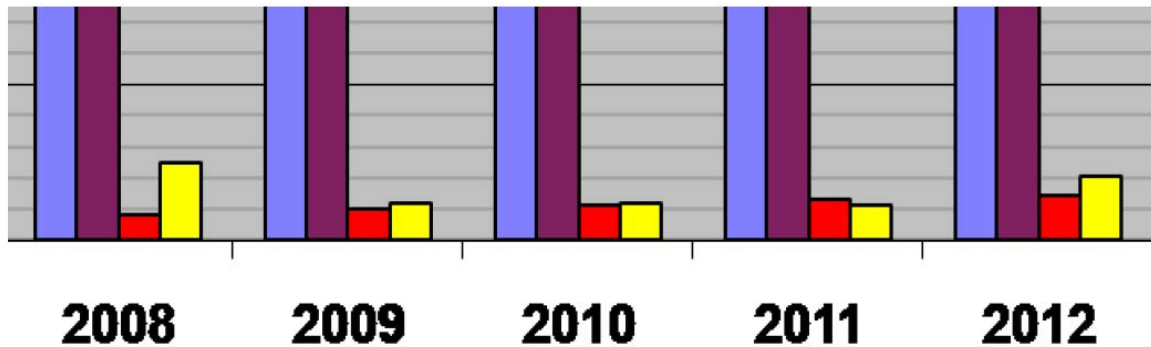
## Prognose Steuerertrag / Nettoaufwand



Wir kennen den gegebenen Nettoaufwand, hier können wir sicher noch die eine oder andere Reduktion machen. Bei den Nettozinsen (rot dargestellt) und bei der Selbstfinanzierung (gelb)

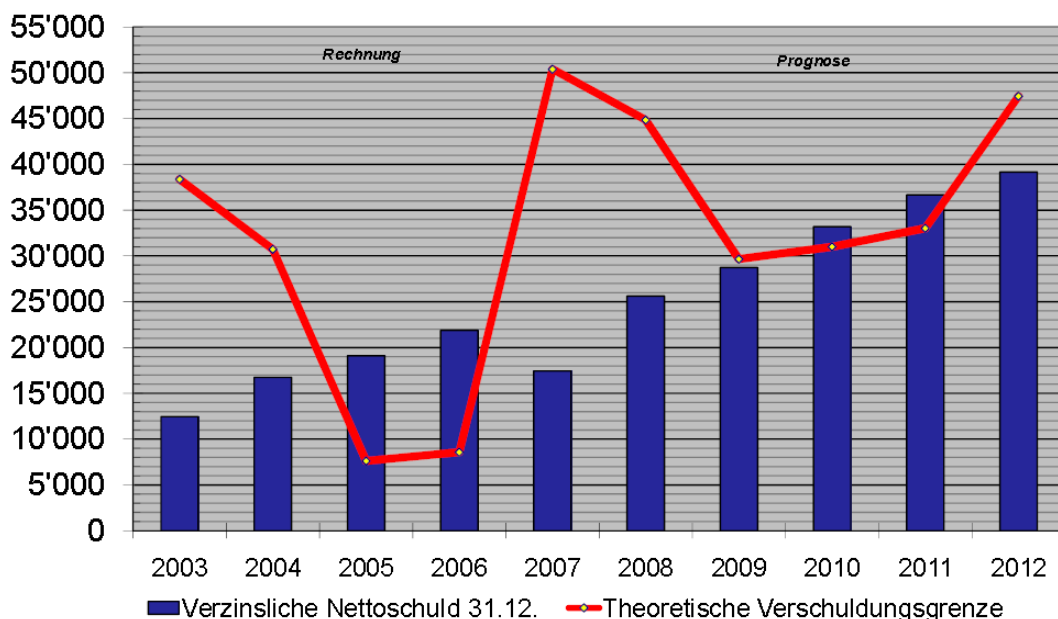
dargestellt) muss ich dem Finanzkommissionspräsidenten recht geben, dass es nicht sehr gut aussieht. Hier müssen sicher noch einige Anstrengungen unternommen werden.

## Prognose Steuerertrag / Nettoaufwand



Wenn man den Zeitraum von 2008 – 2012 betrachtet, sieht man, dass wir im 2010 und im 2011 praktisch höhere Zinsen bezahlen müssen, als wir Geld haben. Wir werden hier eine höhere Verschuldung in Kauf nehmen müssen.

## Prognose Schulden



Dies zeigt sich bei der Verschuldung dann erheblich. Wir sehen in der obenstehenden Grafik, die Schulden wie sie jetzt sind. Das sind die Verzinsliche Nettoschulden und im 2012 die CHF 39 Mio. welche wir erwähnt haben. Es ist zu erwähnen, dass hier keine Deinvestitionen berücksichtigt sind.

Die rote Linie ist die Theoretische Verschuldungsgrenze. Hier zeigt sich, was wir eigentlich höchstens haben dürften. Im 2010/2011 haben wir dies klar nicht erreicht. Im Voranschlag 2010 müssen wir Ihnen aufzeigen können, wie wir diese Differenz der roten Linie zum blauen Balken korrigieren möchten.

Wir bewegen uns in einem schwierigen Gewässer, aber ich bitte Sie, nicht immer überall Schwarz zu malen. Wenn wir gemeinsam etwas in Angriff nehmen und es gemeinsam versuchen, bin ich überzeugt, dass wir auch gemeinsam einen erfolgreichen Weg gehen. Der Gemeinderat bittet um Kenntnisnahme des Finanzplanes.

Gfeller Konrad, Präsident: Ich danke dem Gemeinderat für seine Voten. Dies dauert halt manchmal länger.

Bertschi Bruno, SVP: Seit bald 4 Jahren hat der Gemeinderat den gesetzlichen Auftrag, ein Legislaturprogramm zu verfassen. Und zwar nicht ein Programm über die abgelaufene Legislatur, sondern über die bevorstehende. Obwohl wir verschiedene Male nachgehakt haben, sind wir noch immer nicht im Besitze dieses Programms.

Dafür enthält der vorliegende Finanzplan ein „Tätigkeitsprogramm“. Das ist eigentlich ein getarntes Legislaturprogramm. Das Legislaturprogramm muss aber separat traktandiert werden. Wieso? Der Einwohnerrat muss Gelegenheit haben, das Legislaturprogramm als eigenes Traktandum vertieft und seriös zu behandeln. Dies würde den Gemeinderat auch dazu zwingen, dem Einwohnerrat ein seriöses und durchdachtes Legislaturprogramm zu unterbreiten. Zusätzlich würde der Gemeinderat vom Einwohnerrat – und nicht nur von der SVP-Fraktion! – Hinweise erhalten, wo er Mehrheiten findet und wo nicht.

Die SVP-Fraktion protestiert in aller Form gegen die Integration des Legislaturprogramms in den Finanzplan, getarnt als sog. „Tätigkeitsprogramm“. Dieses Vorgehen ist unerhört, undemokratisch, ja geradezu unanständig. Wir akzeptieren nicht, dass der Gemeinderat auf diese Weise die Diskussion mit dem Einwohnerrat zu umgehen versucht.

Wir wissen ja, dass sich der Gemeinderat und insbesondere der Gemeindeammann vor 5 Jahren im Einwohnerrat vehement dagegen gewehrt hat, dass das Legislaturprogramm in die neue Gemeindeordnung aufgenommen wurde. Der gleiche Gemeinderat und der gleiche Gemeindeammann wollen nun aber aus Wohlen eine Stadt machen, ohne dass dies im Legislaturprogramm rechtzeitig aufgezeigt und im Einwohnerrat zu Beginn der Legislatur diskutiert worden wäre. Das passt nicht zusammen.

Wir erwarten bis spätestens zum 31. März 2010 vom dazumal neugewählten Gemeinderat ein aussagekräftiges, professionelles Legislaturprogramm. Sonst können Sie den entsprechenden Paragraphen in der Gemeindeordnung wieder streichen.

Übrigens: Das Referendum betr. Stadt Wohlen ist komfortabel Zustande gekommen. Die genauen Zahlen werden Sie demnächst in der Presse lesen können.

Spörri Marlis, SVP: Unsere Beurteilung: Die SVP distanziert sich in aller Form von diesem Finanzplan.

### **Begründung:**

- Schon im letzten Jahr haben wir den Finanzplan 2007 – 2011 abgelehnt – und zwar mit grösstem Befremden.
- Die SVP will eine zurückhaltende, seriöse Finanzpolitik. Grundlage dafür muss ein erträglicher Steuerfuss im Bereich zwischen 95 % und max. 100 % sein.
- Der neue Finanzplan zeigt keine ernst gemeinte realistische Perspektive auf. Jedenfalls nicht aus bürgerlicher Sicht. Die Forderungen des linken Spektrums (v.a. der SP) aber sind mehr als erfüllt. Lange Zeit träumte die SP von einem hohen Steuerfuss von 110 %. Die SP

hat dies per Motion verlangt. Diese Motion wurde zwar zu Recht abgelehnt, aber was ist dann passiert? Jetzt haben wir trotzdem einen Steuerfuss von 113 %.

- Der Gemeinderat gibt vor, dass er „mittel- bzw. langfristig“ den Steuerfuss senken will. Was heisst das? Was heisst „mittelfristig“? Was heisst „langfristig“? Eine ernst gemeinte Absicht zur Steuersenkung wäre es, wenn der Gemeinderat ganz klar ein Jahr und einen konkreten Steuersatz als Ziel bezeichnen würde. Die FDP zum Beispiel tut dies in ihrem Parteiprogramm. Sie verlangt dort einen Steuerfuss von 105 %. Wir von der SVP haben die bekannten 99 % als Ziel. Es wäre schön, wenn auch die CVP den bürgerlichen Pfad wieder finden würde. Dann könnten wir gemeinsam das Heft in die Hand nehmen.
- Dass der Gemeinderat für über CHF 4 Mio. als nächste grosse Investition das Gemeindehaus vergolden will, ist für uns eine inakzeptable Sache. Um uns allen wieder einen grossen Aufwand zu ersparen, sagen wir Ihnen bereits heute, dass die SVP diese Vorlage mit allen Mitteln bekämpfen wird. Das Volk wird uns dabei stark unterstützen. Gerade auch im Umfeld der neuen FDP-Initiative betreffend Badi-Sanierung betrachten wir die Reihenfolge der Investitionen im Finanzplan als deplaziert.
- Einnahmenseitig haben wir die folgende Bemerkung: Aus der IB Wohlen AG muss der Gemeinderat eine viel höhere Dividende herausholen. Die Rendite darf auf keinen Fall nur nach dem nominellen Eigenkapital bemessen werden, sondern muss sich am Marktwert dieser AG orientieren. Es geht hier um einige Steuerprozent. Trotz sehr hohen Stromtarifen hat es der Gemeinderat bisher nicht fertiggebracht, eine rechte Dividende herauszuholen. Vielleicht ist in dieser AG ein Kostensenkungsprogramm nötig.

#### **Ganz generell möchten wir dem Gemeinderat folgendes auf den Weg geben:**

- ERSTENS: Der Steuerfuss muss SOFORT sinken. Die Zielgrösse muss unter 100 % sein. Der Steuerwettbewerb findet auch im Freiamt statt. Die Steuerstatistik, die Sie alle kennen, belegt dies deutlich. Unsere Gemeinde muss sich diesem Wettbewerb stellen und die Steuern senken.
- ZWEITENS: Die Ausgaben müssen sich nach den Einnahmen richten. Und nicht umgekehrt.
- Wir distanzieren uns zu 100 % von diesem Finanzplan. Die SVP wird alle Elemente dieses Finanzplans in Zukunft ablehnen. Wir laden den Gemeinderat ein, sich auf eine bürgerliche Politik zurück zu besinnen.

Donat Ruedi, CVP: Die CVP nimmt den Finanzplan zur Kenntnis und dankt vorab dem Verfasser für den aufschlussreichen Bericht. Wir haben festgestellt, dass frühere Verbesserungsvorschläge aufgenommen und umgesetzt worden sind.

Der Finanzplan zeigt aber auch deutlich, dass der finanzielle Spielraum für unsere Gemeinde in den nächsten Jahren klein ist. Die Zahlen belegen es unmissverständlich. Eine Steuersenkung in den nächsten Jahren liegt nicht drin. Das dargestellte Legislaturprogramm erachten wir als Auflistung der verschiedenen Tätigkeiten, aber keinesfalls als Programm. Zielsetzungen gehören an den Anfang einer Legislatur und nicht an deren Ende. Die anstehenden Sanierungen dürfen nicht aufgrund fehlender Finanzen weiter hinaus geschoben werden.

Beim Punkt 8 „Finanzpolitische Ziele“ möchte der Gemeinderat eine Eigenfinanzierung von CHF 2 – 2.5 Mio. anstreben. Das ist nach unserer Ansicht eindeutig zu wenig. Der Kanton empfiehlt einen Cash Flow von mind. 15 %. Das würde bedeuten, dass Wohlen mind. CHF 4 – 4.5 Mio. Eigenfinanzierung als Ziel anstreben sollte. In diesem Zusammenhang möchten wir auch auf die Stellungnahme der Finanzkommission hinweisen. Beide Berichte, für den Voranschlag und den Finanzplan, sind umfassend und verständlich dargestellt. Sie zeigen uns ein Weg auf, welchen wir kompromisslos gehen müssen. Aus Sicht der CVP-Fraktion gilt es der Finanzkommission für

die immense Arbeit zum Wohl von unserer Gemeinde zu danken! Sie arbeitet sehr viel, sehr seriös und konstruktiv.

Zum Schluss habe ich nur eine Frage: Wem sollen wir im Einwohnerrat vertrauen? Der SVP mit den aus der Luft gegriffenen Forderungen oder der Finanzkommission, welche von uns gewählt worden ist?

Kohli Benno, FDP: Ich gebe Ihnen die Fraktionsmeinung der FDP bekannt.

Wir finden es komisch, dass wir über den Finanzplan nach dem Voranschlag reden. Aus diesem Grund werden Sie einige Sachen zum zweiten Mal hören. Eigentlich ist es ja nicht möglich, dass man über das Budget redet, wenn man vorgängig nicht auch über den Finanzplan gesprochen hat.

## **Finanzplan**

Der Gemeinderat zeigt im Finanzplan ein düsteres Bild. Die Schulden werden von CHF 17 Mio. auf CHF 40 Mio. ansteigen. Die Zinsen von CHF 0.8 Mio. auf 1.5 Mio. Der Gemeinderat verpasst im Planungshorizont sein wichtigstes Ziel.

So steht: „Die Steuern sollen mittelfristig auf das Kantonsmittel gesenkt werden.“

Für uns stellen sich folgende Fragen:

- Wann ist mittelfristig?
- Wann will der Gemeinderat dies erreichen?
- Erreichen wir es gar nie?

Zweifellos stehen in den nächsten Jahren diverse Sanierungen und Investitionen an. Weil wir vorerst kein Geld haben, müssen wir gewisse Notsanierungen machen, um die schlimmsten Probleme zu übertünchen. Das kostet logischer Weise noch mehr Geld. Obwohl die Sanierung der Badi Wohlen vom Volk seit Jahren gewünscht ist, sie seit Jahren versprochen ist und die FDP dazu eine Volksinitiative eingereicht hat, hat der Gemeinderat, offenbar auf Druck der Verwaltung, zuerst noch das Gemeindehaus vorne reingeschoben.

Wir finden das daneben! Zuerst kommt das dran, was man dem Volk versprochen hat!

Wir fordern den Gemeinderat auf, dass er die Planung der Badi in die Hand nimmt.

Wie die FIKO sind auch wir der Meinung, dass in Zukunft investiert werden muss. Allerdings sind wir der Ansicht, dass in Projekte mit Mehrwert fürs Volk investiert werden muss. Sonst möchte nämlich in Zukunft niemand mehr die hohen Steuern bezahlen!

Die Prioritäten im Finanzplan sind somit falsch gesetzt! Es sind keine Investitionen aufgezeigt, obwohl der Gemeinderat Land verkaufen möchte. Das finden wir gut, nur leider sind somit die Prognosen des Finanzplans falsch.

Die Entwicklung von Wohlen und die nötigen Investitionen werden uns zwingen, Land oder andere Beteiligungen, z.B. die IBW, zu verkaufen. Sonst geht es nämlich nicht vorwärts. Die im FIKO-Bericht enthaltenen Bemerkungen zu diesem Planungsinstrument zeigen, dass die notwendigen Planungen zwar in Arbeit, jedoch noch nicht spruchreif sind. Ein solider Finanzplan braucht aber klare Grundlagen, damit er gültige Aussagen machen kann. Somit würde es mich nicht wundern, wenn der Finanzplan in 2-3 Jahren wieder ganz anders aussehen würde.

Wir möchten dem Gemeinderat für die Erarbeitung und der FIKO für die Auseinandersetzung mit dem Finanzplan danken und würden uns freuen, wenn wir das nächste Jahr den Finanzplan wieder vor dem Budget beraten könnten.

Perroud Arsène, SP: Auch unsere Fraktion möchte den Finanzplan das nächste Mal vor dem Budget diskutieren! Dies müsste eine Sitzung vorher möglich sein. Wir wissen, dass es Gründe gibt, weshalb der Finanzplan an der vorletzten Sitzung noch nicht parat gewesen ist. Der Finanzplan ist aber als Planungsinstrument wichtig.

Unsere Meinung zur finanziellen Entwicklung von Wohlen hat sich seit der letzten Sitzung nicht geändert. Wir haben es schon dort erläutert. Wir leben auf kleinem Fuss, die Gemeinde Wohlen hat ganz viele Investitionen ganz dringend nötig. Man erschrickt, wenn man sieht, dass die Pro-Kopfverschuldung an der obersten Grenze der Empfehlung des Kantons angelangt ist. Die Selbstfinanzierung liegt immer noch weit hinter der Kantonsempfehlung zurück. Es ist nicht absehbar, dass sie sich einigermaßen dem Kantonsmittel nähern wird. Wir müssen uns deshalb fragen, ob ein Steuerfuss von 113 % längerfristig realistisch ist, ob die Schuldenlast so ansteigen soll und ob wir weiterhin immer mehr wertvolle Steuerprozente für Schuldzinsen opfern wollen.

Wollen wir uns tatsächlich vormachen, dass unser Finanzhaushalt so funktioniert? Oder sind wir ehrlich zu uns selber und zu unserer Wählerschaft? Dann müssten wir sagen, dass es so leider nicht mehr geht, dass wir mehr finanzielle Mittel haben müssten.

Niemand hat Steuererhöhungen gern, sogar wir nicht. Und Steuererhöhungen machen ganz und gar nicht beliebt! Aber wir sind der Bevölkerung gegenüber verpflichtet auch unbequeme Tatsachen zu akzeptieren, unbeliebte Entscheide zu fällen und diese zu vertreten. Dafür wurden wir gewählt, diese Verantwortung müssen wir tragen.

Wir sind dem Gemeinderat dankbar, dass er ein Tätigkeitsprogramm angehängt hat. Leider ist die Legislatur nächstes Jahr schon fertig. Aus diesem Grund hat das Tätigkeitsprogramm etwas weniger Bedeutung. Für uns wäre das Tätigkeitsprogramm ein Ausfluss aus dem Legislaturprogramm gewesen. Aber wir stellen erfreut fest, dass diesbezüglich etwas am entwickeln ist, auch wenn es etwas länger gedauert hat.

Inhaltlich können wir die meisten Punkte des Tätigkeitsprogramms nachvollziehen. Wir stellen fest, dass viele Liegenschaften der Gemeinde in die Jahre gekommen sind und wir deshalb vor grossen Sanierungen stehen. Die Terminierung der einzelnen Bautätigkeiten werfen bei uns aber Fragen auf. Wir fordern, dass die Sanierungsarbeiten, insbesondere die energetischen, schnell vorangetrieben werden. Wir haben heute von dieser Motion gehört.

Warum aber das Gemeindehaus vor der Badi saniert werden soll, oder gar von einem Neubau gesprochen wird, würde uns jedoch brennend interessieren! Es ist nicht richtig, einen seit langem geäusserten Wunsch der Bevölkerung immer wieder hinten an zu stellen. Dieses Zeichen müsste der Gemeinderat aufnehmen.

Im Namen der Fraktion SP und Grüne möchte ich dem Gemeinderat und der Verwaltung ganz herzlich für den Finanzplan danken. Wir werden ihn zu Kenntnis nehmen.

Meier Maja, Freis Wohle: Wie wir gehört haben, können wir den Finanzplan leider nur zur Kenntnis nehmen. Wir danken dem Gemeinderat für die Erstellung des Finanzplans und der FIKO für ihren Bericht.

Wir halten aber fest, dass wir mit dieser Strategie nicht einverstanden sind. Die Fraktion EVP / Freis Wohle will die Sanierungen der gemeindeeigenen Liegenschaften voran treiben und die

Strassenprojekte nach hinten verschieben. Strassen-, Brücken- und Kreiselpunkte sind wünschbar, aber nicht zwingend. So sind wir der Meinung, dass man sämtliche Kreiselpunkte auf Seite 13 und 18, welche noch nicht bewilligt sind, ohne Weiteres nach hinten verschieben kann. Die sind jetzt von 2008-2012 vorgesehen. In Gebäudesanierungen wäre das Geld besser investiert.

Mit den Sanierungen unserer Liegenschaften könnte man langfristig viel Energie, sprich Geld sparen. Auf Bundesebene wird gefordert, dass man mehr in die Energiesparmassnahmen investieren soll.

Eine Rechtsanwältin der aargauischen Industrie- und Handelskammer schreibt: Die Hälfte der verbrauchten Energie verheizt man in Gebäuden und in die Luft. Davon sind 94 % durch fossile Brennstoffe erzeugt. Durch den Einsatz von Mittel in Sanierungen oder Neubauten kann der Energiebedarf für alle Wohn- und Geschäftsräume langfristig um 50 – 70 % reduziert werden. Es gibt Gemeinden, welche das schon vor Jahren gemacht haben und seither fast die Hälfte der Energiekosten einsparen können. Ich erinnere, dass Wohlen Gesamtenergiekosten im Budget 2009 von CHF 1.12 Mio. hat. Wir wissen alle, die Tendenz ist steigend. Nebst dem Portemonnaie könnten wir also auch sehr viel für unsere Umwelt tun. Auf was warten wir also noch?

Thiébaud Alain, Grünliberale: Ich habe das letzte Mal von Konkurs gesprochen und wurde dann massiv kritisiert. Meine Wortwahl war etwas schlecht gewählt. Ich möchte keine ideologische Diskussion betreffend dem Steuerfuss führen. Wir werden immer höhere Schulden haben, wenn wir die Schuldenwirtschaft weiterführen wie bisher. Höhere Schulden bedeuten auch höhere Schuldzinsen. Tatsache ist, dass wir bereits heute die geplanten Investitionen nur noch auf „Pump“ finanzieren können. Ein neues und grösseres Gemeindehaus hat sicher keinen Vorrang, sondern die schlicht notwendigen Sanierungen.

Es braucht jetzt ein klares Bekenntnis, auch von Seiten des Gemeinderates zu attraktivitätssteigernden Massnahmen. Es braucht Massnahmen, welche ganz klar den Steuerertrag anheben. Eine Erhöhung des Steuerfusses kann keine Lösung sein, denn dann sinkt der Steuerertrag proportional wieder. Mich überzeugen die Massnahmen, welche Guido Benz aufgezeigt hat. Diese sind zwar nicht ganz konkret, gehen aber in die richtige Richtung. Tatsache ist, dass wir in Zukunft sehr hart arbeiten müssen, um unsere finanzielle Situation verbessern zu können. Wir müssen kleine Schritte unternehmen.

Ich kann es nicht gelten lassen, dass man den Kanton und eine Nichtplanbarkeit bis 2017 heranzieht. So wird es ins Lächerliche gezogen. Egal wie es später aussieht, wenn wir jetzt etwas Schaffen, dann wird auch etwas herauskommen. Die Schuldenwirtschaft, in welche wir jetzt geraten, ist nicht tragbar. Wir müssen versuchen, uns Schritt für Schritt zu verbessern. Wir müssen die nötigen Massnahmen einleiten und dies bald.

Stäger Urs, SVP: Ich bitte Matthias Jauslin inskünftig, wenn es um weitere Ausgaben geht, das Schuldendiagramm an die Wand zu hängen. Ich möchte alle Politiker hier drin bitten, inskünftig, wenn Geld ausgegeben wird, daran zu denken, dass es immer Nachfolgekosten gibt.

Tanner Peter, SVP: Ich habe eine Entgegnung auf die Fraktionsmeinung, vertreten durch Ruedi Donat. Er hat ganz am Schluss gefragt, ob man der gewählten Finanzkommission oder der SVP Glauben schenken soll. Er stellt die FIKO als etwas homogenes hin, bei welchem es keinen Widerspruch gibt. Es gibt auch innerhalb der FIKO Widerspruch. Dass der Widerspruch auch richtig ist, ist eine Fehlinterpretation des FIKO-Präsidenten. Er sagte betreffend der Gemeindehaussanierung sei vor 2 oder 3 Jahren ein Bericht und Antrag abgelehnt worden. Er wurde nicht abgelehnt, sondern vom Gemeinderat zurückgezogen. Das ist eine erste Fehlinterpretation. Was zum Rückzug führte, war ein fachliches Problem. Zweitens haben wir vom Gemeinderat ein Sanierungskonzept gewünscht. Wenn dies damals gemacht worden wäre, dann wäre es vermutlich nie zum Rückzug gekommen. Wir wollten gesamthaft Sanieren und eine etappenweise Umset-

zung. Dass es jetzt so dargestellt wird und man das Gemeindehaus für mehr als CHF 4 Mio. sanieren möchte, davon war damals keine Rede. Ich bitte um die Kenntnisnahme von allen.

*Der Gemeinderat verzichtet auf eine Stellungnahme.*

Gfeller Konrad, Präsident: Wird eine Detailberatung gewünscht?

Kohli Benno, FDP: Ich habe einige Bemerkungen zur Nutzenbachstrasse, welche im Finanzplan sehr prominent auf den Seiten 18 und 19 ist. Bis 2011 sind im Finanzplan über CHF 3.5 Mio. für den Ausbau der Nutzenbachstrasse vorgesehen. Bisher hat weder der Kanton noch die Gemeinde über das Projekt klar informiert. Die Nutzenbachstrasse soll neben einem Fahrradstreifen insbesondere zur Versorgungsrouten 1 (grösste Versorgungsrouten) für den Schwerverkehr ausgebaut werden. Das ist im Schwerverkehrsplan des Kantons ersichtlich. Im ganzen Bünztal ist keine einzige zweite Talquerung eingetragen. Das heisst, die Nutzenbachstrasse wird die Schwerverkehrsrouten im Bünztal. Die Nutzenbachstrasse soll somit für den LKW-Fernverkehr ausgebaut werden. Anglikon, als Ortsteil mit einer grossen Entwicklung, wird somit in Zukunft stark belastet. Durch den Ausbau der Nutzenbachstrasse wird klammheimlich eine Nordumfahrung mit zusätzlichem Verkehr geschaffen. Ich werde den Verdacht nicht los, dass der Gemeinderat die Interessen von uns Anglikern nicht ganz wahrnimmt und uns dem LKW-Verkehr ausliefert. Auch Wohlen hat keinen Nutzen von der Verbreiterung der Nutzenbachstrasse. Sie kostet vor allem einfach CHF 3.5 Mio. Bereits jetzt kann die Industrie und auch die Niedermatten über die heutige Nutzenbachstrasse auch ohne eine Verbreiterung, aber mit einem Fahrradstreifen, tip-top erschlossen werden.

Ich fordere den Gemeinderat auf, griffige Schutzmassnahmen für Anglikon vorzusehen und uns endlich klaren Wein einzuschenken betreffend den Projektvarianten, betreffend den Frequenzen und betreffend dem Lärm, welche auf uns Anglikern zukommt. Ich bin überzeugt, dass sich Anglikon gegen eine weitere Belastung mit Verkehr und Lärm wehren wird.

Keller Anna, Grüne: Ich finde es richtig, dass bei der Kunsteisbahn die Region betr. Kosten mitberücksichtigt wird. Es ist weit und breit die einzige Eiskunsthalle und sie wird von vielen Leuten aus der Umgebung genutzt. Es ist ganz wichtig, dass die Synergien nicht vergessen gehen. Dass nicht nur das Schwimmbad saniert wird, sondern dass immer in Kombination mit der Kunsteisbahn geschaut wird. Was ist hier möglich? Nicht, dass es nachher zu spät ist.

Bertschi Bruno, SVP: Ich möchte mich nur mit einem Satz dem Votum von Benno Kohli anschliessen. Wenn die Nutzenbachstrasse tatsächlich die Wichtigkeit erhalten sollte für den Schwerverkehr, ist es dann aber mehr als Seldwyla, dass man beim Bahnübergang eine Ampel macht und diesen auch ausbaut.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Es ist hoch interessant, was Benno Kohli zum Thema Nutzenbachstrasse gesagt hat. Wir nehmen das Anliegen in diesem Sinne sehr ernst. Das Thema Nutzenbachstrasse geht schon fast ein Jahrzehnt zurück. Es sollte eigentlich schon alles gebaut sein. Die Gemeinde hat Anstrengungen unternommen, damit die Nutzenbachstrasse wieder an den Kanton geht. Das hätte zur Folge, dass die Gemeinde weniger Unterhaltskosten hätte. An dieser Strasse muss etwas geschehen und zwar, weil der Unterhalt viel kostet. Im Raum Othmarsingen steht ein Y zur Diskussion, also eine Querung in die Bünztalstrasse. Dort müssten Othmarsingen, Henschiken und Dottikon den Einklang finden. Die Diskussion hier zeigt, dass Anglikon gewisse Bedenken und Angst hat, überrollt zu werden. Wenn dieses Y käme, dann wäre das natürlich eine Entlastung für Dottikon.

Wir hatten wegen des Tunnels immer Skepsis. Es kann ja nicht sein, dass man einen Tunnel hat, bei der Waltenschwilerstrasse, bei welchem man von der einen oder der anderen Seite durch-

kann. Das Gute ist: Sollte dieser Tunnel tatsächlich gebaut werden und die einseitige Befahrbarkeit kommt, ist damit die Strasse für den Schwerverkehr weniger attraktiv.

Im Zusammenhang mit den Kreisel haben wir die 4 Elemente aufgezählt. Das letzte wäre der Ausbau des Tunnels. Ich schätze die Lage so ein, dass die SBB da das grösste Interesse hat, wenn nicht so schnell etwas gemacht wird. Das ist das teuerste Element, da es sehr komplex ist. Dies wird sehr, sehr viel Geld kosten. Das heisst, dass die Sachen, welche vorgesehen sind, nicht die Attraktivität steigert. Das ist nämlich auch nicht unser Wunsch.

Kohli Benno, FDP: Ich hatte die selbe Meinung, welche jetzt auch der Gemeinderat geäussert hat: dass uns die einseitige Verkehrsführung im Tunnel schützen würde. Ich komme heute zu einer gegenteiligen Überzeugung. In der heutigen Situation ist es da sehr gefährlich. Die LKW's müssen anhalten und schauen, ob sie durchkommen. Im Augenblick, wo es eine einseitige Verkehrsführung gibt mit einer Ampel, weiss jeder Lastwagenfahrer, dass niemand entgegen kommt. Das heisst, sie kommen viel einfacher durch. Ich glaube, dass es bewiesen ist in der Schweiz, dass eine breitere Strasse mehr Verkehr bringt.

**Der Finanzplan 2008 – 2012 wird durch den Einwohnerrat zur Kenntnisnahme genommen.**

**Bericht und Antrag 11117 betr. Aufhebung des Einbürgerungsreglementes und Ergänzung des Geschäftsreglement**

Gregor Ariane, GPK-Präsidentin: Bei dieser Vorlage handelt es sich eigentlich nur um eine Formsache. Der Gemeinderat will die Rechtslage an die gültige Situation anpassen. Das Reglement entspricht nicht mehr den eidgenössischen und kantonalen Bürgerrechtsbestimmungen. Am Einfachsten ist es, das Reglement aufzuheben und den Auftrag der Einbürgerungskommission im Geschäftsreglement des Einwohnerrates, unter §48 „Einbürgerungskommission“ unter zu bringen.

Die geheime Abstimmung über die Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes wird weiterhin praktiziert, obwohl es eigentlich nicht gesetzeskonform ist. Grund ist, dass die Kommission sehr gute Vorarbeit leistet und so sind auch die allermeisten Gesuche unproblematisch. Falls doch einmal ein begründeter Negativantrag aus dem Einwohnerrat gestellt würde, so müsste offen abgestimmt werden. Die staatsrechtlichen Beschwerden ans Bundesgericht, welche entschieden wurden, hatten keine Begründung und haben somit das Willkürverbot verletzt.

Die Frage für uns dürfte sein: „Haben wir das Vertrauen, dass die Einbürgerungskommission korrekte Arbeit leistet bei der aufwändigen Überprüfung der Gesuche?“ Ich vertraue und danke den Mitgliedern der Einbürgerungskommission für ihre sorgsame Arbeit.

Die GPK stimmt dem gemeinderätlichen Antrag einstimmig zu.

Külling Harold, Vizeammann: Ich danke der Sprecherin der GPK, sie hat fast alles erwähnt. Ich möchte jedoch gerne noch einen Punkt präzisieren und zwar betreffend dem Abstimmungsverfahren. Gemäss Kreisschreiben betreffend Einbürgerung des Departementes des Innern aus dem Jahr 2002. Es ist es so, dass im Grundsatz eigentlich offen abgestimmt werden müsste. Es könnte auch geheim abgestimmt werden, es bräuchte dann allerdings für jeden einzelnen Fall einen entsprechenden Beschluss des Einwohnerrates, dass er geheim abstimmen möchte. Wie schon Ariane Gregor richtig erwähnt hat, werden wir die bisherige Praxis, dass einfach über alle Einbürgerungsgesuche geheim abgestimmt wird, beibehalten. Dies obwohl uns bewusst ist, dass das eigentlich nicht dem Kreisschreiben des Departementes des Innern entspricht. Wie gesagt, dies ist problemlos. Sollte einmal der Ernstfall kommen, würden wir formell richtig vorgehen, damit wir von einer Gerichtsinstanz nicht wegen eines Formfehlers einen ablehnenden Entscheid kassieren müssten.

Manimanakis Corinne, SP: Ich gebe die Fraktionsmeinung der SP und der Grünen bekannt. Als erstes finden wir es gut, dass in Zukunft jeder gleich viel bezahlen muss, wenn er Schweizer werden möchte. Es wird also nicht mehr anhand des Einkommens berechnet. Zu diesem Bericht und Antrag können wir gar nicht anders als zustimmen, da es sich um eine Anpassung handelt, welche korrekt ist.

Dass in Zukunft weiterhin geheim abgestimmt werden soll, damit hat unsere Fraktion Mühe. Es ist uns fast etwas mulmig dabei. Wir finden, dass es gegenüber den Gesuchstellern nicht richtig ist und, wie erwähnt, von Gesetzes wegen nicht. Dennoch stimmen wir dem Bericht und Antrag einstimmig zu.

Oftinger Alfonsina, CVP: Die CVP Fraktion akzeptiert einstimmig die Aufhebung des Einbürgerungsreglementes und die folgende neue Formulierung des Artikels 48 Absatz 3 im Geschäftsreglement.

Im Namen der CVP-Fraktion möchte ich die Gelegenheit nutzen, um der Einbürgerungskommission für die grosse geleistete Arbeit zu danken.

Ihre Arbeit ist eine sehr anspruchsvolle und heikle Aufgabe, welche den seit Jahren hier lebenden Migranten einen grossen und wichtigen Schritt in Richtung Integration ermöglicht.

Erb Otto, Dorfteil Anglikon: Da es sich um eine Anpassung an übergeordnetes Gesetz handelt, kann ich mich sehr kurz fassen und mitteilen, dass sich die Fraktion FDP / Dorfteil Anglikon einstimmig für eine Annahme des Antrages 11117 ausspricht.

Tanner Peter, SVP: Der Bericht und Antrag sagt aus, was nicht zulässig ist, jedoch nicht, wie das Abstimmungsprozedere ablaufen soll, siehe § 3, Seite 2. Was nur so gestreift wird, bedeutet aber, dass über alle Gesuche gleichzeitig und in offener Masseneinbürgerung abgestimmt werden soll.

Es geht nicht darum, ob in Zukunft geheim oder offen, sondern ob einzeln oder en masse abgestimmt wird.

Auch wenn wir akzeptieren, dass die Einbürgerung mehr und mehr zum Verwaltungsakt wird, bedeutet dies noch lange nicht, dass dieses Geschäft vom Einwohnerrat im Hauruckverfahren und unseriös behandelt werden darf. Denken wir doch an den Fall einer berechtigten Ablehnung einer Einbürgerung.

Eine berechtigte Ablehnung einer Einbürgerung wird faktisch noch schwieriger, wenn bei einer Person zuerst erfolgreich Antrag auf geheime Abstimmung gestellt werden muss. So lässt man das doch bleiben, sagt auch zu Umstrittenen ja und geht zur Tagesordnung über. Der Bürger will aber keine solche Erschwernis für die direkte Demokratie. Wir haben uns deshalb entschlossen müssen, diesen Bericht und Antrag nicht zu unterstützen und sogar einen Rückweisungsantrag zu stellen.

### **Rückweisungsantrag**

Die SVP beantragt die Rückweisung des Bericht und Antrages 11117, da dieser für die inskünftige Handhabung der Einbürgerung einen wesentlichen Punkt verschweigt und die gesamthafte Abstimmung, also en bloc statt einzeln, vorschreiben will.

Külling Harold, Vizeammann: Ich habe es vorhin erklärt, wie das Abstimmungsverfahren abläuft, aus dem Grund verstehe ich den Rückweisungsantrag nicht. Es ist gar nicht so, dass wir vorschreiben en bloc abzustimmen. Auch die geheime Abstimmung ist nicht en bloc, man muss bei jedem Gesuch Stellung nehmen. Es ist richtig, dass man gemäss Kreisschreiben grundsätzlich offen abstimmen müsste. Es gibt jedoch auch die Möglichkeit, dass man einen Beschluss fassen kann und dann geheim abstimmen kann. Es gibt noch eine weitere Variante, man könnte offen abstimmen und das Publikum aus dem Saal weisen, damit keiner der Einbürgerungswilligen anwesend ist und dann sieht, wer wie abgestimmt hat. Es geht ja um dieses Grundproblem. Ich kann Ihnen versichern, dass nur eingehend geprüfte Gesuche bis vor den Einwohnerrat kommen. Es kam bislang ein einziges Mal vor, dass der Gemeinderat einen Antrag auf Ablehnung stellte, weil der betroffene Gesuchsteller einfach auf einen Entscheid des Einwohnerrats beharrte. Ich kann Ihnen auch versichern, falls wieder ein solcher Fall kommen sollte, dass wir dem Einwohnerrat für die Ablehnung handfeste Gründe liefern würden. So wie wir für jeden, welchen wir in der Kommission zurückweisen und ablehnen, handfeste und ausreichende Gründe haben.

Wenn es doch einmal vorkommen sollte, dass aus dem Rat die Meinung entsteht, ein Gesuchsteller müsse abgelehnt werden, müsste man die anderen auch überzeugen und sagen, worum es geht. Es könnte auch sein, dass das bereits in den Fraktionen zu einem Problem wird. Man wird dann dafür sorgen, dass die Abstimmung formell korrekt stattfindet.

Ich sehe überhaupt kein Problem, wenn Sie dem Bericht und Antrag zustimmen. Ich bitte den Rückweisungsantrag aus diesen Überlegungen abzulehnen.

Tanner Peter, SVP: Im Kreisschreiben steht offen. Habe ich das falsch in Erinnerung? Dann können wir doch nicht einfach geheim darüber befinden! Es ist mir nicht klar, ob es weiterhin gleich durchgeführt wird. Kann man zu jeden einzelnen Ja oder Nein sagen? Oder werden dann über alle einbürgerungswilligen Personen an einem Abend, an einer Sitzung, quasi en bloc abgestimmt? Der Bericht und Antrag sagt über diese Bestimmungen zu wenig deutlich aus. Man kann so immer noch verschiedenes hinein interpretieren. Das müssen wir unterlassen!

Külling Harold, Vizeammann: Ich kann versichern, es wird nicht en bloc abgestimmt! Es wird immer nur über jedes einzelne Gesuch abgestimmt. Man kann zu jedem einzelnen Gesuch Ja oder Nein sagen. Das ist sichergestellt. Es wird wie bisher durchgeführt. Es besteht überhaupt keine Gefahr, dass ein Volksrecht missachtet wird.

Donat Ruedi, CVP: Mich interessiert die Meinung von Bruno Bertschi als Präsident der Einbürgerungskommission und Mitglied der SVP.

Bertschi Bruno, SVP: Ich hatte bislang keinen Anlass etwas dazu zu sagen. Ich kann nur das wiederholen, was Harold Külling bereits gesagt hat. In der Einbürgerungskommission wird sehr seriös gearbeitet. Egal, aus welcher Partei ein Mitglied stammt und egal ob es ein Einwohnerratsmitglied ist oder nicht. Es ist eigentlich nicht möglich, dass uns ein Gesuchsteller durch die Maschen geht, welcher nicht einbürgerungsberechtigt wäre. Es kann sein, dass ein Gesuchsteller den Entscheid vom Einwohnerrat erzwingen will. Aber dann kann man sicher sein, dass dies in jeder Fraktion eingehend diskutiert wird und dass diese Person vom Einwohnerrat nicht eingebürgert wird. Da kann man offen abstimmen und eine Begründung liefern. Wir haben erst kürzlich das Gesuch einer Familie zurückgestellt, um weitere Abklärungen treffen zu können. Wir prüfen jedes Gesuch sehr genau und wenn jemand die staatskundliche Prüfung nicht besteht, dann kommt er auch nicht weiter. Wenn z.B. die Ehefrau kein Deutsch spricht und versteht, und beim Vorstellungsgespräch gibt dann der Ehemann die Antworten auf die Fragen, dann greife ich ein und sage ganz klar, dass die Ehefrau die Fragen beantworten muss. Es besteht kein Grund, Bedenken zu haben. Ich vertrete selbstverständlich auch nicht die Meinung der SVP-Fraktion in diesem Geschäft.

Thiébaud Alain, Grünliberale: Wenn wir schon über die Einbürgerungsgesuche abstimmen, dann finde ich es absolut essentiell, dass wir die Verfahrensvorschriften einhalten. Wenn wir jemanden ablehnen wollen, müssen wir die offene Abstimmung gewährleisten, sonst laufen wir Gefahr, dass der Entscheid später von einem Gericht kassiert wird. Ich finde es deshalb wichtig, dass man über alle offen abstimmt und zu seiner Meinung stehen kann.

Benz Guido, CVP: Ich habe es so verstanden, dass es wie bis anhin genau gleich gemacht wird.

Es könnte einmal vorkommen, dass die Einbürgerungskommission einen Gesuchsteller zur Einbürgerung empfiehlt und der Einwohnerrat diesen ablehnt. Bei diesem Fall müssen wir genau wissen, wie wir vorgehen sollen. Ich habe es so verstanden, dass wenn der Einwohnerrat einen Gesuchsteller ablehnt und weder von Seiten der Einbürgerungskommission noch des Gemeinderats eine Begründung vorliegt, dann ein Wiedererwägungsgesuch gestellt wird und dass wir dann am gleichen Abend diesen Fall einzeln anschauen und begründen und dann nochmals abstimmen.

Külling Harold, Vizeammann: Es könnten tatsächlich der Fall eintreten, dass die Einbürgerungskommission und der Gemeinderat den Antrag auf Einbürgerung stellen und die Mehrheit des Einwohnerrates dagegen stimmt, ohne dies vorgängig zu begründen. Sollte dies geschehen,

haben einige hier im Rat ihre Pflicht nicht erfüllt. Sie müssten sich nämlich vorher dazu äussern und ihre Ablehnung begründen.

Genau dies geht eben nicht! Das Schweizer Volk hat einer Einbürgerungsinitiative nicht zugestimmt, weil es der Meinung ist, dass eine Überprüfung der Gesuchsteller vorgenommen werden muss. Aus diesem Grund muss jedes Mitglied des Einwohnerrats wissen, wenn es wirklich ernst werden soll, muss man eine Begründung abgeben. Dann wird das Verfahren auch formell korrekt durchgeführt, so dass daraus ein korrekter Entscheid resultiert.

Tanner Peter, SVP: Es geht hier um eine juristische Angelegenheit. Offenbar ist es für viele neu, man dachte, dieser Bericht und Antrag sei problemlos. Herr Alain Thiébaud erwähnte es vorhin, wir müssten eigentlich offen abstimmen. So wie es bisher stattgefunden hat und so wie es zukünftig stattfinden wird, das ist alles andere als eine offene Abstimmung. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Es ist durchaus möglich, dass bei einem Gesuchsteller noch etwas schwerwiegendes herauskommt. Es muss keine Pflichtverletzung vorliegen.

Bertschi Bruno, SVP: Die Möglichkeit, welche von Herr Peter Tanner zum Schluss erwähnt wurde, können wir ausschliessen. Es wird vorgängig alles abgeklärt, was menschenmöglich ist.

Ich möchte noch ein Beispiel aus der Praxis erwähnen. Ein Ehepaar mit zwei Kindern aus dem ehemaligen Jugoslawien stellten das Gesuch um Einbürgerung. Der Ehemann lebt seit 15 Jahren in Wohlen, spricht perfekt Deutsch, hat einen guten Job und kann sehr gute Arbeitszeugnisse vorweisen. Die staatskundliche Prüfung wurde vom Ehemann bestanden, von der Ehefrau nicht. Beim persönlichen Gespräch stellten wir fest, dass die Ehefrau, obwohl sie bereits seit 12 Jahren in der Schweiz lebt, überhaupt kein Deutsch kann. Wir haben dann die ganze Familie zurückgestellt, um auf den Ehemann etwas Druck aufzubauen, dass er seine Ehefrau auch mal aus dem Haus lässt und die Möglichkeit bekommt, Deutsch lernen zu dürfen. Der Gesuchsteller teilte uns darauf hin mit, dass er den Beschluss der Einbürgerungskommission nicht akzeptieren würde und dass er auf einen Entscheid des Einwohnerrates bestehe. Zusammen mit Frau Beatrice Meier, CVP, welche bereits seit einigen Jahren Mitglied in der Einbürgerungskommission ist, besuchten wir die Familie, um mit ihr ein klärendes Gespräch zu führen. Wir erklärten, wie der genaue Ablauf ist und mit welchen Konsequenzen gerechnet werden müsse, falls der Entscheid des Einwohnerrats, ablehnend ausfalle. Der Gesuchsteller war sich dessen nicht bewusst und verzichtete dann auf weitere Schritte. Dieser Gesuchsteller ist nicht kriminell oder hat sonst etwas verbrochen, er kam aus ganz anderen Gründen nicht mal bis vor den Gemeinderat.

Thiébaud Alain, Grünliberale: Ich bin noch immer etwas verwirrt. Wie wird denn die Abstimmung genau durchgeführt? Müssen wir bei jedem Gesuchsteller aufstehen oder sitzen bleiben, also offen? Oder bleibt es, wie es jetzt ist mit den Zetteln?

Gfeller Konrad, Präsident: Das Verfahren bleibt gleich, so wie es jetzt ist mit den Zetteln.

Külling Harold, Vizeammann: Es bleibt wie bis anhin. Sie erhalten den nächsten Bericht und Antrag vom Gemeinderat und über diesen stimmen wir schriftlich ab. Es müsste an und für sich offen abgestimmt werden, aber weil die Fälle problemlos sind, können wir die Abstimmung, wie bis anhin, geheim durchführen.

## Abstimmung

Der Antrag der SVP

*Die SVP beantragt die Rückweisung des Bericht und Antrag 11117, da dieser für die inskünftige Handhabung der Einbürgerung einen wesentlichen Punkt verschweigt und die gesamthafte Abstimmung, also en bloc statt einzeln, vorschreiben will*

wird mit 30 Nein-Stimmen zu 4-Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Thiébaud Alain, Grünliberale: Auf Grund, dass es immer noch nicht rechts- und verfassungskonform ist lehne ich diese Sache ab.

Riedi Adrian, Grüne: Wir haben einige Mitglieder des Einwohnerrates, welche sich nicht einig sind, ob geheim oder offen abgestimmt werden muss.

Ich stelle aus diesem Grund folgenden Antrag:

### **Ergänzung § 48 des Geschäftsreglement**

#### **Neuer Abschnitt 4**

**Die Abstimmung über den Bericht und Antrag hat offen zu erfolgen.**

Külling Harold, Vizeammann: Lehnen Sie den Antrag ab, weil es nicht funktionieren kann. Es ist im Kreisschreiben und in unseren Reglementen festgelegt, wie das Abstimmungsverfahren durchzuführen ist. Die Abstimmung ist immer offen, es sei denn, es werde eine Geheime verlangt. Ich erwähne es nochmals, es wird nichts anders gemacht, als es bisher praktiziert worden ist.

Bertschi Bruno, SVP: Wenn wir über die Einbürgerungen künftig offen abstimmen müssen, möchte ich, dass man bei diesem Antrag den Satz „unter Ausschluss der Öffentlichkeit“ hinzunimmt. Ich möchte nämlich auf dem Heimweg kein Messer im Rücken haben.

Thiébaud Alain, Grünliberale: Unter einer offenen Abstimmung verstehe ich etwas anderes. Also wenn hier alle Kreuze auf die Zettel machen und diese dann anschliessend im Hintergrund ausgezählt werden, ist das einfach keine offene Abstimmung. Ein Kreisschreiben ist nicht das massgebliche Recht, welches bestimmt, wie wir unsere Verfahren auszurichten haben. Die Frage ist, ob unsere Entscheide anschliessend Bestand haben bei einem allfälligen Gerichtsverfahren. Ich habe hier einfach meine Zweifel!

Külling Harold, Vizeammann: Ich nehme keine Stellung mehr. Ich bitte einfach den Bericht und Antrag, so wie er hier vorliegt anzunehmen.

## **Abstimmung**

Der Antrag der Grünen

*Die Grünen beantragen die Ergänzung § 48 des Geschäftsreglement. Neuer Abschnitt 4. Die Abstimmung über den Bericht und Antrag hat offen zu erfolgen.*

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

## **Abstimmung**

Dem gemeinderätlichen Antrag

- 1. Aufhebung des Reglements über die Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht der Gemeinde Wohlen AG (Einbürgerungsreglement) vom 19. September 1994.*
- 2. Änderung von § 48 Abs. 3 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates Wohlen vom 19. September 2005*

wird mit 29 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

**Bericht und Antrag 11119 betr. Anpassung Anhang III des Gebührenreglementes der Gemeinde Wohlen – Gebühren der Gemeindebibliothek**

Keller Anna, GPK: Bis jetzt zahlt man nur eine einmalige Gebühr von Fr. 4.00 für das „Kärtli“. Neu möchte der Gemeinderat eine Mitgliedergebühr einführen. Man möchte mehr investieren können in Bücher, Medien und die Bibliothek selber.

Auf der 2. Seite der Vorlage sind die vorgeschlagenen Gebühren aufgelistet.

Man unterscheidet: Jahresgebühr für Wohler und Beitragsgemeinden, auf der andern Seite Jahresgebühr für Nichtbeitragsgemeinden

60 % der Benutzerinnen und Benutzer sind Wohler und Wohlerinnen, sie haben einen günstigeren Tarif (die Bibliothek wird ja schon durch die Steuern finanziert). Von den restlichen 40 % stammen die meisten aus Waltenschwil. Waltenschwil könnte Beitragsgemeinde werden, d.h. der Wohler Gemeinderat handelt mit Waltenschwil einen angemessenen Unterstützungsbeitrag der Gemeinde an die Bibliothek aus, dann würden die Waltenschwiler auch von den tieferen Tarifen profitieren. Waltenschwil hat auf Anfrage die Bereitschaft zu einem solchen Abkommen signalisiert. Es sollen aber erst nach Einführung der Gebühren offizielle Verhandlungen geführt werden. Die GPK bittet den Gemeinderat, den Beitrag der Beitragsgemeinden hoch genug anzusetzen, damit Wohlen nicht trotz Beiträgen noch draufzahlen muss.

**BenutzerInnen aus den Beitragsgemeinden:** Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre gratis / bis 26-jährig Fr. 15.00 / Erwachsene Fr. 25.00. Gratis sind ebenfalls Nonbooks, andere Bibliotheken haben da spezielle Zusatzgebühren.

**BenutzerInnen aus Nichtbeitragsgemeinden:** Alle Gebühren Fr. 15.00 höher.

Familiengebühren sind keine vorgesehen, weil die Definition von Familie sehr schwierig ist. Nur wenige Gemeinden kennen eine Familienkarte.

Heute schon ist das gesamte Angebot der Gemeindebibliothek auf Internet abrufbar. So kann auch reserviert werden, nämlich 3 Reservationen pro Leserkarte. Dies ist eine tolle Dienstleistung, bedeutet aber viel Aufwand fürs Bibliotheksteam. Was weniger schön ist, ist dass 1/3 der Reservationen nicht abgeholt werden. Mit den Gebühren soll diesem Missbrauch entgegengewirkt werden.

Es gibt auch Reservationen von Bestsellern. Von Bestsellern werden jeweils bis zu 3 Büchern angeschafft. Nach einem halben Jahr lässt aber schon das Interesse nach und dann sind 2 Exemplare überflüssig. Mittels Reservationsgebühr soll dieser Aufwand besser entschädigen werden.

Mahnungen werden per Post verschickt, da soll die Briefmarke wenigstens durch die Gebühren bezahlt sein. Zusätzlich soll für Medien, die beschädigt zurückgebracht werden, eine Bearbeitungsgebühr möglich sein. In erster Linie, damit weniger Beschädigungen stattfinden und in zweiter Linie, damit die Umtriebe gedeckt sind.

Vergleiche mit anderen Gemeinden liegen dem Bericht und Antrag bei, sind aber zum Teil schwierig, weil die Raumkosten sehr unterschiedlich sind. Es gibt Orte, da werden teilweise keine Raum- oder Energiekosten verrechnet und an vielen Orten sind überhaupt keine Vollkosten vorhanden.

Gibt es Sponsoren? Die Stadtbibliothek Zofingen hat einen Förderverein, Muri und Bremgarten haben eine Stiftung. Die katholische Kirche Wohlen wird einen Betrag für die Gemeindebibliothek spenden. Sie kauft auch Bücher für die Bibliothek, das kann in der Rechnung aber nicht ausgewiesen

werden. Die Bibliotheksstiftung stellt jährlich ca. Fr. 6'000.00 für den Kauf von Medien zur Verfügung. Darüber sollte die Rechnung in Zukunft Auskunft geben und damit Transparenz sicherstellen.

In Wohlen gehört das Gebäude der Einwohnergemeinde. Die Miete von Fr. 1'800.00 wird in einem Konto als Aufwand und im anderen als Ertrag verbucht.

Im Zusammenhang mit dem Gebäude wurde auch die Grösse, beziehungsweise die „Kleinheit“, unserer Bibliothek diskutiert. Im Verhältnis zur Grösse von Wohlen ist sie mit 130 m<sup>2</sup> viel zu klein. Der Gemeinderat hat sich überlegt, den alten Coop zu mieten. Das ist aber teuer, zusätzlich müssten Beleuchtung und Boden neu gemacht werden. Ein neuer Bibliotheksraum muss genügend gross, zentral gelegen und rollstuhlgängig sein, sowie von der Statik her genügen, weil so viele Bücher ein riesiges Gewicht haben. Die Raumbedürfnisse der Bibliothek werden in die Masterplanarbeit einfließen.

## **Abänderungsantrag**

Anpassung Anhang III des Gebührenreglementes der Gemeinde Wohlen – Gebühren der Gemeindebibliothek

Die Formulierung „Kinder und Jugendliche (bis 16 Jahre)“ sei abzuändern in „Kinder und Jugendliche (bis zum Austritt aus der Volksschule oder gleichwertiger Institutionen)“

Begründung: Gegen Ende der Schulzeit gibt es einige Kinder, die älter sind als 16 Jahre und trotzdem noch die Volksschule besuchen. Die GPK ist einstimmig der Meinung, dass die Formulierung diesem Umstand gemäss abgeändert werden sollte.

## **Meinung der GPK**

Verhältnis Ertrag und Kosten wird in Wohlen etwa bei 10 % sein, wie in Wettingen. In Aarau ist der Ertrag bei 40 %. Lohnt sich da die Einführung von Gebühren überhaupt oder sollten z. B. die Ortsbürger um Beiträge angegangen werden? Sollten die Platzverhältnisse nicht zuerst verbessert werden?

Unbestritten ist, dass Beschädigungen, welche öfters vorkommen, bezahlt werden sollen. Die Mehrheit der GPK meint: Die Bibliothek ist eine Dienstleistung, darum darf auch etwas dafür verlangt werden.

Die GPK ist sich einig, dass die Mehreinnahmen auch wirklich für eine Attraktivitätssteigerung eingesetzt werden sollen und nicht z.B. für die Miete. Die Schnelllebigkeit kann mitgemacht werden, durch den Kauf von neuen aktuellen Medien und Bestsellern. Nonbooks haben die Ausleihen jetzt schon erhöht, das kann noch unterstützt werden.

Wir haben ein tolles Bibliotheksteam, das unter der Leitung von Brigitta Loher einen grossen Einsatz leistet und unsere Gemeindebibliothek sehr gut führt.

Die GPK stimmt dem gemeinderätlichen Antrag mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Der Gemeinderat ist bereit den Abänderungsantrag anzunehmen.

Es ist eine einfache Vorlage. Der Gemeinderat möchte moderate Mitgliedergebühren einführen. Kinder und Jugendliche sind nach wie vor gratis. Die Steuerzahler von Wohlen sollen besser gestellt werden und die neuen Mittel, welche wir erhalten, sollen den Spielraum für das Angebot in

der Bibliothek vergrössern. Das Bibliotheksteam, die Bibliothekskommission und der Gemeinderat empfiehlt Ihnen einstimmig, diesen Bericht und Antrag anzunehmen.

Geissmann Armin, FDP: Die FDP Wohlen ist der Meinung, dass sowohl der Antrag wie auch der Abänderungsantrag der GPK gutgeheissen werden kann.

Begründung:

- Es sind keine Gebühren auf Vorrat.
- Es sind laut Einvernehmen mit der Bibliothekskommission nur effektive Aufwendungen.

Die Fraktion steht somit grossmehrheitlich dahinter.

Hübscher Bertha, EVP: Ich gebe die Fraktionsmeinung der EVP / Freis Wohlen bekannt. Mit dem im Antrag vorgeschlagenen Gebühren sind wir einverstanden. Wir finden es positiv, dass Kinder und Jugendliche das Angebot gratis benutzen können. So haben alle Zugang zu diesen Büchern und lesen fördert die Bildung. Jedes Kind, das ein Buch aus der Bibliothek liest, sitzt während dieser Zeit nicht vor dem PC oder Fernseher.

Auch sind wir der Meinung, dass die umliegenden Gemeinden, welche keine eigene Bibliothek haben, einen Beitrag beisteuern sollen. Das finden wir gut.

Dem Personal der Bibliothek danken wir herzlich für die geleistete Arbeit. Ein Kompliment auch für die Darstellung der Bücher. Trotz zu wenig Platz, werden die Bücher immer sehr gut präsentiert. Man hört auch immer nur gutes, sie sind sehr hilfsbereit und dafür möchten wir danken.

EVP / Freis Wohle stimmen sowohl dem Abänderungsantrag wie auch dem Bericht und Antrag einstimmig zu.

Stäger Urs, SVP: Ich verlese die Meinung der SVP Fraktion. Die Vorlage ist abzulehnen. Die SVP betreibt eine zuverlässige bürgerliche Politik, auch nach den Wahlen. Wir sind stabil. Deshalb lehnen wir alle neuen Gebühren ab. Wir lehnen auch alle Gebührenerhöhungen ab. Genau diese Politik haben wir unseren Wählern versprochen. Das ist bürgerliche Politik. Wir vertreten dies mit Überzeugung und Konsequenz. Auch das Volk schätzt solche Gebühren nicht. Wir denken an die, für uns erfolgreiche, Volksabstimmung vom 28. September 2008: sehr deutliche Ablehnung der Grüngut- und Parkgebühren. Eigentlich müssten wir die Vorlage gar nicht anschauen, sondern direkt ablehnen, trotzdem erlauben wir uns zwei Hinweise:

1. Mit einer Gebührenerhöhung würden nur 20 % der Kosten gedeckt. Das ist keine Lösung.
2. Die Beiträge der anderen Gemeinden sollten ernsthaft überprüft werden und zwar wesentlich stärker als in der Vorlage.

Wie empfehlen Ihnen die Vorlage abzulehnen.

Bächer Andy, CVP: Ich gebe die Fraktionsmeinung der CVP bekannt. Wir haben es gehört, die Bibliothek kostet uns nicht ganz ein 1 Steuerprozent und das ist es der CVP auch wert. Wir haben auch gehört, dass 60 % der Leserschaft Einheimische sind und 40 % sind auswärtige Leser, die auch von unseren Steuergeldern unterstützt werden! Die auswärtigen Leser profitieren im Moment genau gleich wie die Einheimischen!

Unsere Fraktion begrüsst die Entwicklung, welche der Gemeinderat einschlägt, sei es mit den abgestuften Tarifen und mit der Suche nach Beitragsgemeinden. Das sollte der Gemeinderat bei den noch anstehenden Projekten gleich handhaben.

Wir bitten den Gemeinderat, die Einnahmen vollumfänglich in Neuanschaffungen zu investieren, damit die Attraktivität der Wohler Bibliothek gesteigert werden kann.

Die CVP ist für die Einführung der Benutzungsgebühren und unterstützt den gemeinderätlichen Antrag wie auch den Abänderungsantrag der GPK einstimmig.

Wir möchten zum Schluss Frau Brigitte Loher und ihrem Team ganz herzlich danken für die einwandfreie Führung und für die grosse Arbeit, welche sie in der Wohler Bibliothek leisten.

Riedi Adrian, Grüne: Die Fraktion SP und Grüne unterstützen den vorgesehenen Tarif inkl. Abänderungsantrag der GPK. Wir sind auch erfreut über die Unterscheidung der Nichtbeitragsgemeinden, die etwas bezahlen müssen, wenn sie die Bibliothek benutzen wollen. Das ist nicht mehr als recht. Regelmässige Bibliotheksbenutzer wissen, was sie für das investierte Geld erhalten. Die Bibliothek ist eine gute Sache für Jung und Alt und vielleicht wird sie einmal grösser.

Wir stimmen dem Antrag zu und danken dem gesamten Team für die hervorragende Arbeit.

Thiébaud Alain, Grünliberale: Ich stimme den Bericht und Antrag zu, wie auch dem Abänderungsantrag der GPK. Für mich ist es wichtig, dass wir durch die ganze Gebührenerhebung auch in Zukunft ein super Angebot haben können in der Wohler Bibliothek, dass es sich sogar verbessert und dass Mehreinnahmen auch wirklich für Mehrinvestitionen eingesetzt werden und nicht, wie es im Bericht und Antrag steht, für die blosser Verbesserung des Deckungsgrades. Das wäre dann nicht das Ziel.

Brunner Franz, SVP: Bei den Mahngebühren sind Kinder und Erwachsene aufgeführt. Ich möchte wissen, wieviel Mahngebühren die Jugendlichen bezahlen müssten?

Huwiler Paul, Gemeinderat: Die Jugendlichen gehören zu den Erwachsenen.

## **Abstimmung**

Der Änderungsantrag der GPK

*„Die GPK beantragt die Anpassung des Anhang III des Gebührenreglementes der Gemeinde Wohlen – Gebühren der Gemeindebibliothek.*

*Die Formulierung „Kinder und Jugendliche (bis 16 Jahre)“ sei abzuändern in „Kinder und Jugendliche (bis zum Austritt aus der Volksschule oder gleichwertiger Institutionen)“.*

wird mit 30 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltung angenommen.

## **Abstimmung**

Dem gemeinderätlichen Antrag

*Die neuen Gebühren für die Gemeindebibliothek Wohlen (Anhang III zum Gebührenreglement der Gemeinde Wohlen vom 28. August 1995) seien zu genehmigen und sofort in Kraft zu setzen.*

wird 28 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Gfeller Konrad, Präsident: Wir sind am Ende der heutigen Sitzung, ich bedanke mich ganz herzlich für die konstruktive Mitarbeit.

Mangels Geschäften wird die nächste Sitzung vom 4. Dezember 2008 ausfallen wird. Die Mitteilung wird noch schriftlich erfolgen.

Das politische Jahr 2008 im Einwohnerrat ist somit abgeschlossen. Ich bedanke mich bei Ihnen für die Unterstützung. Im Grossen und Ganzen ziehe ich eine positive Bilanz. In Sachen Zukunftorientierung, positiver Ausstrahlung und Vorwärtsschauen ist noch etwas Potential vorhanden. Ich bin Realist genug und weiss, dass nicht immer alles so rasant gehen kann, wie man es gerne hätte.

Zum Abschluss des politischen Jahres darf ich Sie im Namen des Einwohnerrates und des Gemeinderates zu einem kleinen Apéro einladen. Selbstverständlich ist auch das Publikum, welches uns regelmässig besucht, herzlich eingeladen.

Ich wünsche Ihnen alles Gute und freue mich, Sie am 19. Januar 2009 wieder begrüßen zu dürfen.

Der Präsident schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll

Konrad Gfeller, Präsident

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.